



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

112. Sitzung

7. Wahlperiode

Donnerstag, 11. Februar 2021, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Birgit Hesse, Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Änderung der Tagesordnung	2	Ministerpräsidentin Manuela Schwesig	3
Peter Ritter, DIE LINKE (zur Geschäftsordnung)	2	Horst Förster, AfD	7, 20
Bernhard Wildt, CDU (zur Geschäftsordnung)	2	Wolfgang Waldmüller, CDU	9
B e s c h l u s s	2	Simone Oldenburg, DIE LINKE	11
		Nikolaus Kramer, AfD	13, 16
		Peter Ritter, DIE LINKE	16, 22
		Thomas Krüger, SPD	17
		B e s c h l u s s	23
Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 3 GO LT	2	Antrag der Fraktionen der CDU, SPD und DIE LINKE Feststellung gemäß § 71 Absatz 5 Satz 1 Landes- und Kommunalwahlgesetz – Drucksache 7/5811 –	23
Aktuelle Lage „Corona-Virus“	3	Marc Reinhardt, CDU	23
 		Jens-Holger Schneider, AfD	24, 25
Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern	3	Wolfgang Waldmüller, CDU	24, 25
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE Gemeinsam weiterhin konsequent das Infektionsgeschehen eindämmen – Drucksache 7/5813 –	3	Torsten Renz, CDU	27, 28
		Dr. Ralph Weber, AfD	28
		B e s c h l u s s	29
Antrag der Fraktion der AfD Lockdown-Zwischenbilanz – Strategiewechsel erforderlich – Drucksache 7/5814 –	3	Nächste Sitzung Mittwoch, 10. März 2021	29

Beginn: 13.07 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte, Platz zu nehmen. Ich begrüße Sie zur 112. Sitzung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, mit Schreiben vom 8. Februar 2021 hat die Landesregierung gemäß Paragraf 72 Absatz 4 die heutige Sondersitzung zum Thema „Aktuelle Lage ‚Corona-Virus‘“ beantragt. Als Sitzungstermin wurde der heutige Tag vorgeschlagen. Ich habe den Ältestenrat davon in Kenntnis gesetzt und am 9. Februar 2021 das Benehmen hergestellt, am 11. Februar 2021 eine Sondersitzung des Landtages einzuberufen. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 112. Sitzung liegt Ihnen vor.

Zwischenzeitlich liegen Ihnen ein Antrag der Fraktionen der CDU, SPD und DIE LINKE auf Drucksache 7/5811 und ein Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/5812 vor. Im Ältestenrat ist vereinbart worden, als Tagesordnungspunkt 1 die Regierungserklärung und die hierzu vorliegenden Anträge der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE auf Drucksache 7/5813 sowie der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5814 aufzurufen. Als Tagesordnungspunkt 2 soll die Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU, SPD und DIE LINKE auf Drucksache 7/5811 aufgerufen werden, der feststellt, dass die Vorbereitung oder Durchführung von Wahlen aufgrund der pandemischen Rechtslage bis zum 30. Juli teilweise unmöglich ist.

Wird der so geänderten vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Ich sehe eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung von Herrn Ritter. Bitte, Herr Ritter, Sie haben das Wort!

Peter Ritter, DIE LINKE (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens meiner Fraktion beantrage ich die Aufnahme unseres Antrages „Alle Standorte der MV Werften sichern“ auf Drucksache 7/5812 auf die Tagesordnung.

Als Begründung: Wir befassen uns heute erneut, und das zu Recht, mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Leben in Mecklenburg-Vorpommern, und diese Pandemie hat sehr wesentliche Auswirkungen auf die Werftenstandorte in unserem Land. Der Landtag selbst hat das mehrfach festgestellt, unter anderem in seinem Beschluss vom 17. Juni des letzten Jahres, wo es heißt, ich zitiere: „Die MV Werften befinden sich durch die COVID-19-Pandemie in einem akuten Liquiditätsengpass“, Zitatende. Es heißt weiter auf Drucksache 7/5674 vom 15.12., ich zitiere wieder: „Die positive Entwicklung der MV Werften ist im Jahr 2020 allein durch die Corona-Pandemie abrupt unterbrochen worden.“ Zitatende.

Der Landtag selbst hat also mehrfach festgestellt, dass Corona und Werften in einem engen Zusammenhang stehen. Und wenn wir uns heute wieder mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Land befassen, ist es aus unserer Sicht zwingend notwendig, auch die Werften-Problematik aufzurufen, vor allen Dingen, weil es neue Entwicklungen ja gibt. Neben dem drastischen Abbau von Arbeitsplätzen, der droht, steht mittlerweile

auch ein gesamter Werftenstandort zur Disposition. Das ist eine neue Situation und wir meinen, der Landtag ist zwingend aufgerufen, sich mit dieser neuen Situation zu befassen und solidarisch an der Seite der Werftarbeiterinnen und Werftarbeiter zu stehen. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Ritter!

Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Ich sehe, das ist der Fall.

Das Wort hat für die Fraktion der CDU Herr Franz-Robert Liskow,

(Franz-Robert Liskow, CDU: Nee, nee!)

Entschuldigung, Herr Wildt.

Bernhard Wildt, CDU (zur Geschäftsordnung): Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir lehnen die Aufnahme dieses Antrages auf die heutige Tagesordnung ab. Es gibt aus unserer Sicht keine großen Neuigkeiten seit der letzten Durchsprache dieses Themas. Wir haben das im letzten Jahr mehrfach besprochen. Insbesondere zu den Punkten I.1 und 2 sowie II.1 und 2 gibt es keine Neuerungen seit den letzten Durchsprachen. Und der Punkt II.3 kann nicht heute in so kurzer Frist besprochen werden. Deswegen verschieben wir dieses Thema auf den März.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Schämt euch!)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Wildt!

Ich lasse über den Antrag der Fraktion DIE LINKE, den Antrag auf Drucksache 7/5812 „Alle Standorte der MV Werften sichern“ während dieser Sondersitzung zu beraten, abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Vielen Dank! Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/5812 nicht auf der Tagesordnung.

Wer der Tagesordnung mit der Beratung der Tagesordnungspunkte 1 und 2 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Vielen Dank! Damit ist die Tagesordnung der 112. Sitzung gemäß Paragraf 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung festgestellt.

Ich gratuliere zu ihren kürzlich begangenen Geburtstagen in den Monaten Januar und Februar ganz herzlich zu meiner Rechten Herrn Karsten Kolbe, herzlichen Glückwunsch,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE)

und weiterhin recht herzlich Herrn Marc Reinhardt auch zum Geburtstag.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE)

Gemäß Paragraf 4 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung benenne ich für die heutige Sitzung die Abgeordnete Christiane Berg zur Schriftführerin.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1: Aktuelle Lage „Corona-Virus“**, hierzu Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, in Verbindung mit Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Gemeinsam weiterhin konsequent das Infektionsgeschehen eindämmen, Drucksache 7/5813, sowie Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Lockdown-Zwischenbilanz – Strategiewechsel erforderlich, Drucksache 7/5814.

Aktuelle Lage „Corona-Virus“

Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE
Gemeinsam weiterhin konsequent das Infektionsgeschehen eindämmen
– Drucksache 7/5813 –**

**Antrag der Fraktion der AfD
Lockdown-Zwischenbilanz –
Strategiewechsel erforderlich
– Drucksache 7/5814 –**

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, diese Anträge in verbundener Aussprache mit der Regierungserklärung zu beraten. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat zunächst die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Manuela Schwesig.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste! Die Corona-Lage ist in diesen Tagen wie ein kräftiges Tauziehen: auf der einen Seite wir, die mit Schutzmaßnahmen versuchen, die Infektionszahlen nach unten zu bekommen, was gelingt, und auf der anderen Seite die Mutation, die gleichzeitig hinter diesen Infektionszahlen eine dritte Welle aufbaut und dagegensteuert. Die eine Kraft, die Schutzmaßnahmen wirken. Die Disziplin der Bürgerinnen und Bürger zahlt sich aus. Und auch mit den Impfungen kommen wir voran.

(Heiterkeit bei Jens-Holger Schneider, AfD: Jo! –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Das glauben Sie doch wohl selbst nicht, Frau Schwesig! –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Gestern hatten wir 207 Neuinfektionen im Land. Die Inzidenz liegt jetzt damit bei 70.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und das ist ein deutlicher Fortschritt. Als wir uns beim letzten Mal hier am 21. Januar getroffen haben, beraten haben und die demokratischen Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE Schutzmaßnahmen beschlossen haben, hatten wir eine Inzidenz von 123. Und das zeigt, sehr geehrte Damen und Herren, dass sich die Schutzmaßnahmen lohnen, dass sie helfen, helfen, Infektionen zu vermeiden, helfen, schwere Erkrankungen zu vermeiden, und die Schutzmaßnahmen haben dazu beigetragen, dass viele Menschen eben nicht sterben mussten. Und deshalb vielen Dank an die Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE für diesen gemeinsamen verantwortungsvollen Kurs im Sinne der Gesundheit der Menschen in unserem Land!

tungsvollen Kurs im Sinne der Gesundheit der Menschen in unserem Land!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD,
Franz-Robert Liskow, CDU, und
Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Wir sehen also, diese Schutzmaßnahmen bewirken etwas. Wir sind im deutschlandweiten Vergleich Mittelfeld. Die zweite Welle – ich habe es früh hier im Landtag angekündigt – erwischt die ostdeutschen Länder stärker, und ich bin sehr froh, dass es uns gemeinsam gelungen ist, mit diesen Schutzmaßnahmen zu verhindern, dass uns sächsische Verhältnisse, thüringische Verhältnisse oder auch Verhältnisse wie in Sachsen-Anhalt und Brandenburg gedroht haben.

Trotzdem, auch unsere Infektionszahlen sind weiter hoch. Und immer noch sterben jeden Tag Menschen, die sich mit Corona infiziert haben. Und auch die Situation in unseren Krankenhäusern ist angespannt. In dieser Woche habe ich mir mit unserem Staatssekretär für Vorpommern Patrick Dahlemann ein Lagebild in der Universitätsklinik Greifswald gemacht. Ich habe dort mit Pflägern und Ärzten gesprochen, die auf der Intensivstation arbeiten. Im Januar war die Situation so angespannt, dass Intensivbetten der Kinderintensivstation genutzt werden mussten.

Die Pflegerin, die Intensivschwester, die Intensivpflegerin hat mir berichtet, sie ist seit DDR-Zeiten auf der Intensivstation, und sie sagt, sie hat schon vieles erlebt, sie hat gegen viele schwere Situationen angekämpft und sicherlich vor 10, 20, 30, 40 Jahren mit ganz schlechteren medizinischen Methoden, als wir sie heute haben, aber sie sagt, diese Ausnahmesituation hat sie so noch nie erlebt. Was es bedeutet, fünf Stunden unter Schutzkleidung zu arbeiten, können wir, die nach einer halben Stunde Maske tragen schon stöhnen, nur erahnen, was es bedeutet, zu fünf Patienten umzulagern, die alleinige Ansprechperson zu sein für diejenigen, die bei Bewusstseins sind, aber Atemnot haben. All das hat sie berichtet und dass das seit Monaten so geht und dass die Pflegekräfte, auch die Medizinerinnen und Mediziner seit Monaten unter diesem Druck stehen, unter diesem Druck arbeiten.

Und auch darum geht es, wenn wir Schutzmaßnahmen ergreifen. Es geht um die Gesundheit der Bevölkerung, aber auch darum, dass wir das Gesundheitswesen nicht überfordern und dass wir an die denken müssen, die tagtäglich an der Corona-Front arbeiten, wo wir nicht reinkommen, auch nicht rein wollen, in die Intensivstationen. Diese Frauen und Männer dürfen wir nicht vergessen, auch für die machen wir diese Schutzmaßnahmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und an dieser Stelle möchte ich mich im Namen der Landesregierung für diese Arbeit bedanken und ganz klar sagen, dass es nicht nur bei einem Dankeschön per Worte bleiben soll, sondern dass wir es begrüßen, dass Bundesgesundheitsminister Jens Spahn angekündigt hat, dass ein Corona-Bonus jetzt für diese zweite Welle auch alle Krankenhäuser erreichen soll.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

In der ersten Welle waren die Krankenhäuser bei uns im Land kaum betroffen, aber jetzt, wo mehr auch in dieser

Arbeit geleistet werden muss, ist es richtig, dass auch diese zusätzlichen Leistungen bei den Pflegekräften und Helferinnen und Helfern ankommen, und auch das hat die Pflegefrau eingefordert. Das unterstützen wir als Land.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Es bleibt bei Danke per Wort und Materiellem.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und all das zeigt, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, dass es wichtig ist, die Schutzmaßnahmen fortzusetzen, um weiter in den Infektionszahlen runterzukommen. Und es gelingt: Die Inzidenz um mehr als 50 haben wir gedrückt in dieser Zeit. Gleichzeitig bilden sich neue Formen des Corona-Virus aus, die sogenannten mutierten Corona-Viren, die leider ansteckender sind als das herkömmliche Virus. Und es sorgt dafür, dass mehr Menschen sich mit Corona-Virus anstecken, weil die Ansteckungsgefahr schneller ist. Die Viruslast muss nur geringer sein, und schon habe ich mich infiziert. Das heißt, dass wir auf die Maßnahmen – Abstand, Maske und Hygiene – stärker denn je achten müssen.

Wir haben sofort angefangen, die Positivtests zu untersuchen auf Mutanten, und allein in der vergangenen Woche sind in 37 Proben mutierte Viren nachgewiesen worden. Und ich bedanke mich auch ganz herzlich, dass die Universitätsmedizin Greifswald mit Professor Hübner eine Sequenzierung in unserem Land aufbauen wird, die nicht nur heute hilft, sondern auch in der Zukunft. Wir müssen mit weiteren Mutanten rechnen, wir werden die nächsten Jahre immer wieder damit konfrontiert, und deswegen bauen wir in unserem Land eine Sequenzierung auf. Vielen Dank an diesen Einsatz der Wissenschaft und Danke, dass wir auch das Geld dafür zur Verfügung gestellt haben!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, aus diesem Grund, dass es diese beiden Situationen gibt, eigentlich sinkende Infektionszahlen und gleichzeitig eine mögliche dritte Welle durch Mutanten, können wir nicht auf einmal alle Schutzmaßnahmen lockern. Und deswegen schlagen die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten vor, dass wir die Schutzmaßnahmen bis zum 7. März verlängern. Geschäfte, die nicht für den täglichen Bedarf benötigt werden, Restaurants und Hotels müssen geschlossen bleiben, Kultur, Veranstaltungen und Vereinssport können nicht stattfinden, und in den Läden und in den öffentlichen Verkehrsmitteln müssen wir medizinische Masken tragen.

Und deshalb, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, haben wir am Dienstag angefangen, in alle Haushalte sechs FFP2-Masken zu verteilen. Der Bund hat bereits schon Risikopatienten über die Apotheken damit ausgestattet, und wir haben vorgeschlagen, jetzt eine unkomplizierte Verteilaktion zu machen, sechs FFP2-Masken in jeden Haushalt. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken, dass der Finanzausschuss diese Mittel freigegeben hat.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Das ist ein wichtiges Signal, dass wir von den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur Maßnahmen verlangen, sondern dass wir sie auch dabei aktiv unterstützen. Das

kommt vor Ort gut an. Und ich möchte an dieser Stelle ganz besonders den Zustellerinnen und Zustellern danken, die morgens um drei bei Wind, Wetter, Schnee, Eis und Kälte diese Masken in die Briefkästen verteilen und damit einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger leisten. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, bevor, bevor wieder gesagt wird, ja, was ist das denn, alle drei Wochen mittlerweile hier Regierungserklärung, die Fraktionen stimmen den Maßnahmen zu, setzen eigene Akzente, was bringt das dann, möchte ich sagen, das ist sehr, sehr wichtig für die Bürgerinnen und Bürger. Es ist natürlich klar, dass ich als Ministerpräsidentin mich vorher mit den Fraktionen berate und Vorschläge aufnehme – ich werde gleich zu zwei ganz wesentlichen Vorschlägen kommen, die Sie gemacht haben, die wir eingebracht haben –, und deswegen ist es auch klar, dass im Großen und Ganzen die Maßnahmen, denen ich dort zustimme, auch den Maßnahmen entsprechen, die wir jedenfalls in konstruktiver Zusammenarbeit mit den Fraktionen von SPD, CDU und die Fraktion DIE LINKE vorher beraten. Und natürlich werden zusätzliche Maßnahmen, die Sie hier beschließen, wie zum Beispiel heute den Stufenplan für den Schulbereich, aber auch die Fahrschulen, dann nach dieser Landtagssitzung umgesetzt.

Ich sage es deshalb, weil ich in der einen oder anderen Zeile gelesen habe nach der letzten Landtagssitzung, was bringt das, das sind Ermüdungserscheinungen. Ja, wenn wir sagen, wir wollen das Parlament beteiligen, dann können wir nicht sagen, wir machen es mal am Anfang der Pandemie, machen es irgendwann in der Mitte und dann noch mal zum Schluss, sondern dann ist es richtig, dass wir gemeinsam jedes Mal, wenn es eine neue Situation und neue Beschlüsse erfordert, auch hier die Debatte führen. Und das Bundesinfektionsschutzgesetz schreibt vor, dass wir die Maßnahmen nicht länger als vier Wochen machen dürfen – völlig zu Recht. Es sind schwere Eingriffe, schwere Grundrechtseingriffe, die können wir nicht ... Es wäre einfacher zu sagen, es bleibt alles bis Ostern dicht, und dann schauen wir mal, aber das können wir nicht tun. Wir müssen in kurzer Zeit immer wieder schauen, bringen die Maßnahmen etwas, wo können wir schon öffnen, wo können wir nachsteuern. Und das bedeutet auch, dass wir hier in regelmäßigen Abständen diese Debatte führen, und deshalb möchte ich mich bei Ihnen bedanken, dass heute auch diese Sondersitzung stattfindet.

Und ich möchte mich bedanken auch bei den Fraktionen von SPD, CDU und Linksfraktion, weil ich weiß, dass auch in Ihren Fraktionen kontrovers diskutiert wird, weil ich weiß, dass Ihnen diese Maßnahmen, die die Wirtschaft einschränken, die die Menschen einschränken, mindestens genauso schwerfallen wie auch der Landesregierung. Und ich bin auch dankbar für diesen kontroversen, aber auch konstruktiven Kurs. Er gibt uns die Möglichkeit, uns in den Bundesverhandlungen, Bundesgesprächen einzusetzen, und er gibt uns dann die Möglichkeit, im MV-Gipfel die Maßnahmen auch umzusetzen. Und ich halte, auch wenn es anstrengend ist und man manchmal denkt, oh, schon wieder, diese regelmäßige Debatte hier im Landtag für sehr wichtig.

Und wie wichtig sie ist, haben wir daran gesehen, dass wir von Anfang an hier in Mecklenburg-Vorpommern

gemeinsam den Kurs vertreten haben, Kinder, Kitas, Schulen, Bildung haben Vorrang. Das ist wichtig für Kinder und Familien, aber auch für die Wirtschaft, denn es macht schon einen Unterschied, ob ich Kitas und Schulen einfach dichtmache und auf Notbetreuung setze, oder ob ich mir die Mühe mache und schaue – so haben es einige Bundesländer gemacht, komplett Kitas, Schulen dicht und Notbetreuung –, oder ob wir uns die Mühe gemacht haben und gesagt haben, können wir nicht da, wo es Infektionszahlen, Inzidenzen zulassen, doch ein bisschen mehr Kitas und Schulen offen halten.

Diesen Kurs haben Sie hier beschlossen, wir haben ihn vertreten, wie Sie wissen, auch gegen viele Widerstände, und ich bin sehr froh, dass gestern, muss man sagen, an der Stelle der Durchbruch erfolgt ist. Wir haben uns mit der Bundeskanzlerin geeinigt, dass jedes Bundesland anhand seiner eigenen Inzidenz für Kitas und Schulen den Weg jetzt gehen wird. Und das ist richtig. Wir haben immer vertreten, dass wir regional auf die Infektionslage schauen müssen. Und wenn Sachsen noch bei über 100 ist und wir schon bei 70, aber andere Länder schon bei 50, dann sind das unterschiedliche Lagen.

Und wir haben es immer vertreten, dass wir dann auch noch mal in unserem eigenen Bundesland schauen, wie ist denn die Lage in der Stadt Rostock oder im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Und wenn die Lagen dort unterschiedlich sind, sind wir auch unterschiedlich vorgegangen – und mit Erfolg. Und ich sage mal, jedem Kind, dem wir schneller den Kitabesuch oder wieder den Schulbesuch ermöglichen können, das ist doch sehr wertvoll für jedes Kind, für jede Familie. Und deswegen lohnen sich dieser regionale und lokale Weg und die Betrachtungsweise, und das ist gestern einig gewesen,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

dass das zukünftig jedes Land auch weiter machen kann.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Franz-Robert Liskow, CDU)

Und deshalb bin ich froh, dass wir nach den Winterferien in unserem Land weitere Öffnungsschritte gehen können. Dank unseres gemeinsamen MV-Weges sind schon Kitas und Grundschulen zum Teil geöffnet für die, die diese Plätze nutzen müssen, und nicht in Notbetreuung. Und jetzt können wir den Weg gehen, nach den Winterferien, dass wir in den Regionen, wo wir nicht mehr Risikogebiet sind, in den Landkreisen und kreisfreien Städten, wo wir unter 50 sind, wieder die Kitas und Grundschulen in den Regelbetrieb aufnehmen können, natürlich immer unter Schutzmaßnahmen und Pandemiebedingungen.

Und die Landesregierung unterstützt ausdrücklich den Weg, den hier die Fraktionen SPD, CDU und DIE LINKE vorschlagen, dass wir es bei den Maßnahmen zwischen 50 und 100 belassen und auch die Notbetreuung per Ampelerlass ab 150, dass wir aber schon sagen, ab 24.02. ist wieder Regelbetrieb in Kitas und Grundschulen unter 50 möglich, dass wir dann den nächsten Schritt – und auch für die 5. und 6. –, und dann den nächsten Schritt machen, ab 08.03. im Wechselmodell die Klassen ab 7 zurückholen. Die Abschlussklassen bleiben weiter drin, so, wie Sie es beschlossen haben. Und an diesem Kita- und Schulweg, der ja Tausende Kinder, Tausende Familien in unserem Land bewegt, der die Wirtschaft bewegt, weil es auch um Vereinbarkeit geht, an diesem

Schulweg sieht man, dass es sich lohnt, zusammenzuarbeiten in einer schweren Krise zwischen Landtag und Landesregierung. Und dafür herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Franz-Robert Liskow, CDU)

Ich habe auch einen zweiten Vorschlag aufgenommen. Es war die Fraktion DIE LINKE, die vorgeschlagen hat, ist es nicht möglich, dass wir Erzieherinnen und Erzieher und Lehrerinnen und Lehrer eher impfen. Und ich habe damals gesagt, ich glaube, alle von uns haben dafür Sympathie, aber es ist halt auch schwierig, weil man sagen muss, wer wird dafür zurückgestellt. Ich habe diesen Vorschlag angesprochen im Impfgipfel und der Chef der Ständigen Impfkommision hat gesagt, sie haben sehr ausgewogen die Kategorien und sie sehen bei Kita und Schule, bei Erzieherinnen und Lehrern nicht das große Risiko.

Trotzdem bin ich sehr dankbar – ich fand es lustig, dass mir Herr Mertens gesagt hat, dass doch Kita und Schule gar nicht so schlimm sind, weil ich das ja eigentlich selbst immer vortrage, aber ich habe ihn verstanden –, ich bin aber sehr dankbar, dass die Kanzlerin gestern noch mal in der MPK gefragt hat, ob wir nicht, wenn wir jetzt sagen, Kinder und Kitas und Schulen haben Vorrang, ob wir nicht dann auch noch mal schauen, dass wir die Fachkräfte, die dann jetzt doch noch mal eine besondere Herausforderung haben, in der Priorisierung nach oben ziehen können. Und da ist ja was dran, dass die Erzieherin nicht zu einem zweijährigen Kind, das lachend auf sie zukommt oder vielleicht auch weinend und das sie auf den Schoß nimmt, dass sie nicht sagen kann, Abstand, Maske, das weiß doch jeder, und dass auch in den Grundschulen die Kinder viel stärker zusammen sind.

Und deshalb haben wir die Gesundheitsminister noch einmal gebeten zu prüfen, ob die Lehrerinnen und Lehrer mindestens in der Grundschule, aber vor allem auch die Erzieherinnen und Erzieher in die Kategorie 2 nach oben gezogen werden können, dort, wo Krankenhauspersonal und auch Polizei sind, nicht in die Kategorie 1, das sind die Älteren über 80, das, glaube ich, ist völlig klar, da müssen wir erst mal den Schutz liefern. Aber wir haben noch mal darum gebeten, diesen Vorschlag zu prüfen. Ich würde es sehr unterstützen – ein weiteres Beispiel dafür, dass Impulse aus dem Landtag aufgenommen werden. Klar ist, dass wir diesen Öffnungsschritt weiter gehen bei Kita und Schulen und dann alle weiteren Schritte – ein wichtiges Signal für Kinder und Familien.

Wir wollen aber auch im wirtschaftlichen Bereich einen nächsten Schritt gehen. Auch war immer wieder in der Debatte vorweg, versucht doch wenigstens schon mal bei den Friseuren einen Schritt zu gehen, und hier wird zum 1. März geöffnet. Wichtig ist aber auch, dass wir allen anderen Bereichen, die jetzt enttäuscht sind, die sagen, wie lange müssen wir eigentlich noch warten, eine Perspektive geben. Und wir sagen ganz klar, wenn wir deutlich unter 50 sind, bei einer Inzidenz von 35, dann müssen wir auch die Öffnung in den anderen Bereichen Schritt für Schritt gehen. Und diesen Öffnungsplan wollen wir zwischen Bund und Ländern beschließen, aber wir werden heute schon selbst im Land weiter daran arbeiten mit den Wirtschaftsvertretern.

Die Inzidenz von 35 ist keine neue Inzidenz, sie ist im Bundesinfektionsschutzgesetz festgelegt, und wir wissen,

wir müssen deutlich unter 50 sein, um große weitere Öffnungsschritte zu machen, denn wir haben ja selbst als Bundesland erlebt, als wir den Shutdown gemacht haben, waren wir bei 45 und wir sind nicht mehr runtergekommen, wir sind nach oben gegangen. Also müssen wir jetzt 35 anstreben, um dann die Öffnung auch wirklich zu halten, insbesondere vor dem Hintergrund der Mutationen.

Ich weiß, dass wir damit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die jetzt von Kurzarbeit leben, die um ihren Arbeitsplatz bangen, den Unternehmerinnen und Unternehmern, die sich fragen, wann kann ich wieder mein Geschäft aufmachen, dass wir ihnen sehr viel zumuten. Und ich weiß um den Frust, ich spreche mit vielen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Aha! Wie geht denn das bei Corona?)

Aber es macht auch keinen Sinn, wenn wir jetzt öffnen und in zwei Wochen wieder sagen oder drei Wochen, jetzt alles dichtmachen. Wenn wir öffnen, brauchen wir eine sichere Basis, und deshalb bitte ich an dieser Stelle um Verständnis und Geduld.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und jetzt sagen viele, die 35 ist doch noch so weit weg, wir sind bei 70, und deswegen will ich noch mal Mut machen: Wir waren am 21. Januar bei 123 und sind jetzt bei 70.

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Wir sind außerhalb der Hotspotregionen eigentlich schon bei 37, und deswegen bin ich ganz fest davon überzeugt, dass, wenn es uns gelingt, weiter runterzukommen, auch mit den neuen Maßnahmen in Vorpommern-Greifswald, den gleichen Weg zu gehen wie Mecklenburgische Seenplatte – die waren auch mal Hotspot, 260, und sind jetzt unten, das ist möglich –, dass wir dann auch als Land die Inzidenz von 35 erreichen.

Und wir haben nicht den Bundesbeschluss aufgenommen, dass wir deutschlandweit bei 35 sein müssen. Das war der Vorschlag des Bundes. Wir haben uns wieder dafür eingesetzt, dass wir regional vorgehen, dass das Land bei 35 schon handeln kann und man dann nicht, sage ich jetzt mal beispielhaft, noch auf Sachsen warten muss. Und ja, auch in unserem Land gibt es noch große Unterschiede, und deshalb finde ich es auch gut, dass wir sagen, dort, wo wir schon unter 35 sind, schauen wir mal, ob wir schon kleine weitere Schritte testen können, und dort, wo wir noch hohe Zahlen haben, machen wir eben strengere Maßnahmen. Das ist nichts Neues, es entspricht dem Kurs des Landes von Anfang an, ganz lokal auf die Inzidenzen zu achten.

Gleichzeitig müssen wir weitere Hilfsmaßnahmen machen, und hier will ich ganz deutlich sagen, wir sind nicht zufrieden, wie die Wirtschaftshilfen des Bundes laufen. Es ist zu langsam. Auch das mahnen wir immer an. Ich will aber deutlich sagen, dass die zusätzlichen Wirtschaftshilfen des Landes sehr gut laufen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und deswegen will ich mich an dieser Stelle auch ganz herzlich beim Wirtschafts- und Finanzminister bedanken,

die immer wieder etwas für unsere Wirtschaft möglich machen.

(Dietmar Eifler, CDU: Richtig!)

Ich will aber auch sagen, dass es richtig ist, dass der Bund weitere Hilfen ermöglicht. Die Koalition im Bund hat sich entschieden, einen neuen Kinderbonus zu zahlen von 150 Euro, einen Zuschuss für Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung, und, sehr wichtig für uns, der reduzierte Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie soll bis Ende 22 verlängert werden. Und jetzt fragt der eine oder andere, was habe ich davon, wenn ich noch nicht aufmachen kann. Dann sage ich ganz klar, unser Ziel ist, dass wir wieder aufmachen können, zum Beispiel Gastronomie, Hotellerie. Und dann ist es wichtig, dass diese Branche lange vom ermäßigten Mehrwertsteuersatz profitiert. Und auch für die Kultur wird es einen neuen, eine neue weitere Milliarde geben für den Anschluss für das Programm NEUSTART KULTUR.

Es ist wichtig, dass wir diese schwierige Zeit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für unsere Wirtschaft überbrücken. Wir versuchen damit zu helfen, jeden Arbeitsplatz, jedes Unternehmen zu halten, Kultur und Sport abzusichern. Und deshalb macht uns die aktuelle Lage in unseren Werften große Sorgen. Wir haben große Sorgen um die Arbeitsplätze und Werftstandorte, aber auch hier kann ich versichern, die Landesregierung, insbesondere unser Wirtschaftsminister und Finanzminister versuchen alles, dass wir Standorte und Arbeitsplätze sichern.

Sehr geehrte Damen und Herren, wie schnell wir Schritt für Schritt unsere Wirtschaft wiederbeleben und unser öffentliches Leben öffnen können, hängt von zwei Entwicklungen ab: den Entwicklungen der Ansteckungszahlen, also die Wirkung der Schutzmaßnahmen, und auch vom Impfen. Wir haben von Anfang an auf die Langfriststrategie gesetzt: Impfstoff und gleichzeitig Schutzmaßnahmen. Und wir kommen beim Impfen voran. Gestern waren in Mecklenburg-Vorpommern fast 4 Prozent der Menschen einmal geimpft. Etwa 26.000 Menschen, also ungefähr 1,6 Prozent, haben ihre zweite Impfung bekommen. Geimpft werden überwiegend Heimbewohnerinnen und Heimbewohner und medizinisches Personal. Dazu kommen ältere Menschen, die nicht in Heimen wohnen.

Und ich will mich hier ganz herzlich bei unserem Gesundheitsminister, der Staatssekretärin, aber vor allem auch bei den Impfmanagern unserer Kreise und kreisfreien Städte bedanken, die ein hervorragendes Konzept aufgestellt haben. Wir haben sogar begonnen, im Kreis Nordwestmecklenburg über Hausärzte zu impfen. Auch dieses System, neben Impfzentren und mobilen Teams, das System über die Hausärzte, die niedergelassenen Ärzte, können wir ausrollen. Wichtig ist, dass wir dafür mehr Impfstoff haben. Und ich bin sehr froh, dass nach einigem Hin und Her Frau von der Leyen eingeräumt hat, dass die Impfstoffbeschaffung der EU nicht ausreichend war. Das ist so, da darf man auch nicht um den heißen Brei drum rumreden.

Wichtig ist, dass wir jetzt versuchen voranzukommen. Deswegen haben wir den Impfgipfel mit der Bundesregierung gehabt, und ich bin froh, dass jetzt ein zweites Produktionswerk von BioNTech und Pfizer an den Start geht, vor allem hier in Deutschland. Wir haben erstmalig einen längeren Fahrplan bekommen, mit welchen Impfstoffen

können wir rechnen. Es geht nicht um kurzfristige Liefer-schwierigkeiten, das ist normal, das kann passieren, es geht darum, dass wir dauerhaft verlässliche Lieferungen bekommen

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

und dass es vor allem mehr wird, denn eins ist klar, wir könnten viel mehr impfen, wenn wir mehr Impfstoff jetzt bereits hätten. Wir bereiten uns jetzt darauf vor, der Impfstoff wird in größeren Mengen später kommen, und darauf bereiten wir uns vor, dass wir dann auch diesen Impfstoff zügig verimpft bekommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, nach meiner Einschätzung sind wir an einem extrem kritischen Punkt. Nach fast einem Jahr der Pandemie sind die Menschen müde, sind viele mittlerweile verzweifelt, weil sie Existenzsorgen haben, und viele fragen, wie lange noch, wann ist endlich Ende. Und verantwortliche, seriöse Politikerinnen und Politiker räumen ein, dass es eben keinen leichten Weg bis zum Ende gibt. Wir sind jetzt an einem Punkt, wo es darum geht – und so einen Punkt gibt es in jeder Krise –, aufgeben, schnell dem Druck nachgeben und dann wieder in Schwierigkeiten kommen mit vielen Infektionszahlen oder durchhalten.

Und ich werbe sehr für Zweites. Wir müssen jetzt durchhalten und unsere ersten Öffnungsschritte, und die sind, was Kita und Schule angeht, nicht klein, gut über die Bühne bringen, ohne dass die Infektionszahlen wieder hochgehen – Garantie hat niemand, auch das gehört zur Ehrlichkeit, weil wir alle nicht die Mutationen alleine in der Hand haben –, und gleichzeitig mit Impfen die Menschen schützen und motivieren, dass es einen Ausweg gibt, und so Schritt für Schritt vorangehen, dass wir in ein besseres Frühjahr kommen und in einen besseren Sommer. Ich weiß, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern viel zumuten, und trotzdem bitte ich um Unterstützung in dieser schwierigen Zeit und vor allem um Durchhaltevermögen. Ich bin sicher, dass wir es gemeinsam schaffen können. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin!

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE wird nicht gewünscht.

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Herr Horst Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Landsleute! Es ist überfällig, eine Corona-Zwischenbilanz zu ziehen. Eine ehrliche Zwischenbilanz würde bedeuten, die bisher verfolgte Strategie des Lockdowns kritisch auf Nutzen und Schäden zu überprüfen, und zwar mit der inneren Bereitschaft, Fehler einzugestehen oder aus ihnen zu lernen. Doch davon ist die Landesregierung weit entfernt. Sie hält an ihrem Kurs eines Stolperns von einem Lockdown zum nächsten beziehungsweise von einer Verlängerung zur nächsten hält sie fest, begleitet von nicht einzuhaltenden Versprechungen, hält sie unbeirrt fest, und unbeirrt in einer selbst verordneten Ohnmacht und blind für alles, was die verfolgte Strategie infrage stellen könnte.

Der wesentliche Strickfehler in der Lockdownstrategie besteht darin, dass sie sich in einer modernen, stark vernetzten, mobilen Gesellschaft mit der erforderlichen Wirkkraft nur sehr schwer durchsetzen lässt, notwendigerweise erhebliche Kollateralschäden erzeugt und logischerweise nur zu einem temporären Erfolg führt, folglich zum Wiederholungsmodell wird. Nochmals: Sie wird zum Wiederholungsmodell, und genau das erleben wir derzeit mit dem zweiten Lockdown.

Am Anfang steht die Diagnose: Wen bedroht das Virus, wer ist gefährdet? Um deren Schutz geht es. Deshalb war und ist es der falsche Weg, zum Schutz der vulnerablen Gruppen die ganze Bevölkerung in Haftung zu nehmen, anstatt gezielt die Risikogruppen zu schützen. Wir haben von Anfang an gefordert, dem Schutz der vulnerablen Gruppen absolute Priorität einzuräumen, und hier vor allem ganz konkret im Bereich der Pflege- und Altenheime die erforderlichen Schutzmaßnahmen zu ergreifen, und des Weiteren ganz gezielt dort, wo es sich als notwendig erweist, einzugreifen. Das ist in der Logik des Vorgehens das genaue Gegenteil dessen, was die Landesregierung mit mäßigem Erfolg und dafür mit einem umso größeren angerichteten Schaden praktiziert.

Und nun fragen wir, wo die meisten Menschen an oder mit Corona gestorben sind und was die Landesregierung in den Sommermonaten unternommen hat, um das Sterben in den Heimen zu verhindern. Nichts, jedenfalls nicht genug. Die Konzepte zum Schutz der Bewohner von Pflege- und Altenheimen wurden erst spät entwickelt und sind bis heute nicht flächendeckend umgesetzt. Seit Ausflammen der Pandemie im Herbst hat es in den Heimen etliche Corona-Ausbrüche mit vielen Toten gegeben. Dafür trägt die Landesregierung eine wesentliche Mitverantwortung.

Der zweite Lockdown hat mit seinen Verlängerungen das Land seit dem 2. November fest im Griff. Ja, die Inzidenzen gehen zurück, aber der Lockdown als Therapie gegen die Pandemie hat schädliche Nebenwirkungen, und diese sind gewaltig. Ich muss diese hier nicht alle aufzählen. Die wirtschaftlichen Folgen sind gravierend. Der Handel, das Hotel- und Gaststättengewerbe, der Kulturbetrieb und viele mehr sind am Ende ihrer Kräfte und fürchten um ihre Existenz. Das alles wird in Kauf genommen, ohne dass für die einzelnen Maßnahmen Studien vorliegen, die die Wirksamkeit und Notwendigkeit dieser konkreten Beschränkungen belegen. Viele Unternehmen haben in Hygienemaßnahmen investiert, um das Ansteckungsrisiko zu minimieren, sie bleiben jetzt auch noch auf diesen Kosten sitzen.

Nehmen wir das Beispiel der Friseurin. Es gab und gibt keinen Nachweis, dass hier trotz der Hygienemaßnahmen noch ein gewichtiges Infektionsrisiko bestand oder besteht. Nun, die sollen jetzt öffnen dürfen. Und wo ist der Unterschied zu dem Kosmetikstudio oder dem Fußpfleger? Krasser geht eine Ungleichbehandlung wohl kaum.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Söder bringt hier die Würde des Menschen ins Spiel – eine absurde Argumentation. Etwas verwilderte Haare tangieren die Freiheit und Würde weitaus weniger als die Teilverhüllung des Gesichts. Eine evidenzbasierte Begründung für die Schließung des Hotel- und Gaststättengewerbes gibt es ebenfalls nicht. Auch dort wurden Hygi-

enemaßnahmen ernst genommen und die Personalien der Gäste jeweils notiert.

Die durch den Lockdown angerichteten gesundheitlichen Schäden sind immens. Auch dies ist inzwischen für jeden, der sich nicht taub oder blind stellt, unübersehbar. Aus Angst unterbleiben notwendige Arztbesuche und Vorsorgeuntersuchungen, und das hat Folgen, vor denen Experten warnen.

Ich komme zu den Kitas und Schulen. Die Schäden, die hier angerichtet wurden und werden, sind längst nicht mehr alle reparabel. Was von der Schulpflicht und frühkindlicher Bildung übrig geblieben ist, ist ein Dilemma. Es geht dabei nicht nur ums Lernen. Unüberhörbar sind inzwischen die Stimmen derer, die auf die psychischen Schäden der Kinder aufmerksam machen. Verhaltensauffälligkeiten der von ihren sozialen Kontakten abgekoppelten Kinder steigen rapide an. Besonders hart trifft es die Kinder aus sogenannten bildungsfernen Schichten. Gewalt, auch gegenüber Kindern durch überforderte Eltern, nimmt zu. Ein geraubtes Jahr in der Entwicklung eines Kindes oder Jugendlichen hat eine ganz andere Auswirkung als ein verlorenes Jahr bei einem Erwachsenen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren, es gibt kein längeres Wegducken vor dieser Realität. Die Landesregierung hat unseren Kindern wissentlich Leid zugefügt. Ich bleibe dabei, wissentlich, wenn auch in der selbsttäuschenden und rechtsirrigen Vorstellung, dies sei zur Rettung höherwertiger Rechtsgüter notwendig. Bei dieser Abwägung wurden die Grundrechte der Kinder auf das Größte vernachlässigt, und zwar von denen, die lautstark die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz fordern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Kitas und Schulen sind nicht die Treiber der Pandemie. Die Kinder sind auch nicht die Gefährdeten. Um deren Schutz geht es nicht. Sie werden dafür als verdächtige kleine Virenschleudern in Haft genommen. Und dies geschieht, ohne dass es Studien gibt, die für diesen Bereich ein hohes Infektionsrisiko attestieren. Das, was die Landesregierung jetzt an Öffnung verspricht, ist ein halbherziges Hickhack, mit dem weder der Standard eines normalen Schulbetriebs erreicht wird noch Versäumtes nachgeholt werden kann.

Und bei all dem orientiert man sich wieder an den Inzidenzen. Dabei wird weiterhin bekanntes, aber unerwünschtes Wissen verdrängt, denn die Inzidenzen haben, wie Sie alle wissen, für sich genommen keinen hinreichenden Aussagewert. Ob 100 oder 50 oder aktuell 35 – es sind von der Politik gesetzte Zahlen, die nur im Zusammenhang mit einer Reihe anderer Parameter von Bedeutung sind. Das Dogma der Inzidenzen ist eine Irrlehre. Nochmals für die hartnäckigen Faktenleugner: Es kommt für die Bewertung der Inzidenzen auf die Zahl der Testungen, die personelle Struktur der Getesteten und auf weitere Faktoren an. Ein lokaler Ausbruch, der die Inzidenz hochtreibt, besagt für die Gesamtsituation einer Gebietskörperschaft nichts. Zudem hat die Landesregierung nach einem unwidersprochen gebliebenen Bericht der SVZ nicht einmal exakte Zahlen für die einzelnen Landkreise.

Zu diesem verdrängten Wissen gehört ferner, dass eine Positivtestung – anders, als es die mediale Berichterstattung glauben macht – nicht identisch mit „infiziert“ und erst recht nicht mit „an Corona erkrankt“ oder „ansteckend“ ist. Auf Sand gebaut sind die Inzidenzen zudem deshalb, weil nach verbindlicher WHO-Richtlinie eine positive Testung bei einer symptomfreien Person ohne einen klinischen Befund keinerlei Aussagewert hat. Dabei handelt es sich nicht um Ausnahmefälle. Je nach Teststrategie können das mehr als 50 Prozent sein. Das alles wird einfach nicht zur Kenntnis genommen beziehungsweise bewusst missachtet, weil es die Lockdown-Strategie ins Wanken bringt und damit politisch unerwünscht ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dazu passt eine Informationspolitik, die permanent auf Panikmache ausgerichtet ist und ihre Kritiker als Verschwörungstheoretiker und Covidioten verunglimpft. Das empört inzwischen sogar eine Sahra Wagenknecht. Und nun, wo das Vertrauen in die Corona-Politik der Regierung schwindet, kommt das mutierte Virus mit der Botschaft,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

dass es gefährlicher und ansteckender sei, und wo das noch nicht reicht, wird von Lauterbach bereits das neue Turbovirus mit der Androhung einer dritten Welle nachgeschoben. Das Einzige, was wirklich feststeht, ist, dass verlässliche Daten zu den Mutationen nicht vorliegen und dass Mutationen der Viren absolut normal sind, und zwar in alle Richtungen, nicht nur in die Richtung „gefährlicher“. Mit anderen Worten, der Lockdown wird hier mit einer Verdachtsdiagnose – nochmals: mit einer Verdachtsdiagnose! – begründet.

Wie werden wir mit den Mutationen umgehen, wenn sie sich wirklich als noch gefährlicher erweisen und der Impfstoff bei ihnen nicht wirkt? Denken Sie nach! Mit der Logik der bisherigen Strategie werden wir dann möglicherweise über Jahre von einem Lockdown in den nächsten taumeln, so lange, bis das Land restlos ruiniert ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Diese Prognose ist keine Panikmache, mit ihr wird die derzeitige Strategie nur zu Ende gedacht. Die Urangst eines qualvollen Erstickungstodes macht uns gefügig, die mit den Corona-Maßnahmen einhergehenden massiven Grundrechtseingriffe zu ertragen. Mit der Macht der Sprache soll uns zugleich deren Aufhebung als Gewährung von Freiheit und Privileg vermittelt werden. Damit wird das Prinzip der Grundrechte auf den Kopf gestellt. Jeder Bürger hat seine Grundrechte qua Geburt. Sie werden ihm von keiner Regierung gewährt oder verliehen. Die Zeit des Untertan ist vorbei.

Meine Damen und Herren, nehmen Sie Ihre Verantwortung ernst und erkennen Sie an, dass wir so wie bisher auf Dauer nicht weitermachen können! Fordern Sie mit uns die Landesregierung auf, die bisherige Strategie kritisch zu überdenken und sich offen für eine nachhaltige Strategie zu zeigen, die unser Land nicht weiter in den Ruin treibt! Und dazu gehört auch, sich nicht weiterhin einseitig wissenschaftlich beraten zu lassen. Ich erinnere daran, dass ein Professor Stöhr bei der Kanzlerin nicht willkommen war. Hören Sie auch dem mal zu, was der

sagt! Und hören Sie nicht denen nur zu, die darauf trainiert sind, Viren zu jagen! Hören Sie auch denen zu, die als Ärzte oder Psychologen Ihnen sagen, welches Leid insbesondere bei den Kindern und Jugendlichen ange richtet wird mit Ihrem Lockdown! – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Gemäß Paragraph 84 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung beträgt die Aussprachezeit nach einer Regierungserklärung 155 Minuten. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende Herr Waldmüller.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Maske bleibt dort, Fragezeichen?!)

Wolfgang Waldmüller, CDU: Oh Gott!

(Dr. Ralph Weber, AfD: Und jetzt noch mal zurück ohne Maske und wieder hin?! Dümmer geht immer. – Wolfgang Waldmüller, CDU: Es tut mir leid, Herr Professor! – Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD, Nikolaus Kramer, AfD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich gebe Ihnen absolut recht, das war ein Lapsus von mir. Das tut mir leid, soll nicht passieren.

Meine Damen und Herren, Sie kennen alle den Film, da geht es darum, dass ein Mann morgens aufwacht und den Tag, denselben Tag immer und immer wieder erlebt. Der Film heißt: „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Und ein ganz klein wenig geht es mir heute und vielleicht vielen von Ihnen auch. Seit Mitte Dezember sind die Inzidenzen in Deutschland sehr hoch. Seit Mitte Dezember sind Hotels, viele Geschäfte, Friseure, Restaurants, Fitnesscenter und so weiter, alles das, was geschlossen ist, eben geschlossen. Und seit Anfang Januar hangeln wir uns, ja, von der Verlängerung zur Verlängerung, und seit Januar warten die Menschen sehnsüchtig darauf, dass diese bleierne Zeit, die uns alle miteinander, glaube ich, sehr, sehr belastet, zu Ende geht.

Die gute Nachricht in dem Ganzen, was wir auch immer sehen, ist, dass die Maßnahmen tatsächlich wirken. Sie gehen nach unten und die Tendenz ist auch ganz klar, dass sie nach unten gehen. Und trotzdem ist es natürlich weiterhin eine große Belastung und es ist eine verständliche große Ungeduld, dass man endlich auch ein entsprechendes Öffnungsszenario auf den Weg bringt. Und auf der gestrigen Ministerpräsidentenkonferenz wurde das Einfrieren oder das Verlängern des öffentlichen Lebens in der Art, wie wir es jetzt momentan haben, bis zum 7. März verlängert, und gleichzeitig gibt es aber erste Schritte heraus aus dem Ausnahmezustand, und auf diese Schritte möchte ich zunächst einmal eingehen.

Die Schulen in Mecklenburg-Vorpommern werden eine Woche nach Ende der Ferien oder eine halbe Woche

nach Ende der Ferien Schritt für Schritt wieder in den Präsenzbetrieb gehen. Und wie das genau vonstatten geht, können Sie dem Antrag entnehmen. Ich will das nicht noch einmal erläutern, zumal die Ministerpräsidentin das auch schon getan hat. Entscheidend ist, es ist ein schrittweises, gestuftes Verfahren unter Berücksichtigung der lokalen Inzidenzen. Und der Schritt, den Präsenzbetrieb wieder aufzunehmen, ist aus meiner Sicht nicht nur für viele Eltern, sondern auch für viele Schüler/-innen ein extrem wichtiges Signal.

Wir haben zwar in den letzten Wochen die Abschlussklassen normal – mehr oder minder normal – beschult, für alle anderen entsteht aber in der Bildungsbiografie eine Lücke, und das bereitet mir und uns allen natürlich große Sorge. Und deswegen haben wir auch immer gesagt, dass, wenn wir irgendwann mal öffnen können und die Inzidenz es zulässt, dass Schule und Kita der erste Schritt sein müssen. Und gerade Schülerinnen und Schüler aus sozial schwachen Elternhäusern sind auf den Präsenzunterricht natürlich angewiesen, und Präsenzunterricht muss und bleibt der Schlüssel für eine beruflich erfolgreiche, selbstbestimmte Zukunft. Und deswegen sind die Schritte, die wir hier gehen, außerordentlich wichtig und richtig.

Und der digitale Unterricht kann diesen Präsenzunterricht natürlich nicht ersetzen. Das hat auch etwas damit zu tun, dass der digitale Unterricht im staatlichen Schulwesen insgesamt eben oft kein echter Unterricht ist. Manchmal ist das eben nur so – es gibt natürlich da auch Unterschiede unter den Schulen, ist überhaupt keine Frage –, manchmal ist es oftmals so, dass einfach nur Stillarbeit zu Hause ist und deren Ergebnis dann auf digitalem Wege dem Lehrer zugänglich gemacht wird. Also von einem geregelten Schulunterricht unter Präsenz ist das weit entfernt. Und das liegt auch daran, dass unser Bildungssystem nicht so weit ist, dass es auch möglich ist, Schüler und Schülerinnen didaktisch sauber aufbereitete Lerninhalte am Bildschirm zu vermitteln. Und es muss deutschlandweit gelingen, und auch in M-V natürlich, diese Fähigkeitslücke zu schließen. YouTube macht es ja vor, oftmals wird Nachhilfe zum Beispiel auf YouTube eben generiert.

Der zweite Schritt, den ich ansprechen möchte, ist das Thema Friseure. Da hatte es ja in den letzten Tagen recht bunte Diskussionen darüber gegeben, ob es denn nichts Wichtigeres zu tun gäbe, als angesichts dieser schrecklichen Pandemie denn nur ans Haarschneiden denken zu können. Und es mag durchaus sein, dass der Besuch beim Friseur auch dem einen oder anderen hier wie eine recht entbehrliche Angelegenheit scheint, gerade angesichts der Tatsache, dass jeden Tag noch immer Menschen an Corona sterben. Und trotzdem wachsen die Haare nun einmal.

Auch wenn ich das niemandem empfehlen würde, so blüht doch in diesem Bereich auch momentan unglaublich die Schwarzarbeit. Und manche, machen wir uns alle nichts vor, wer sich selbst die Haare nicht schneiden kann oder vielleicht eine Partnerin oder einen Partner hat, der das übernimmt, der findet, wenn man will, in jedem Dorf jemanden, der das erledigt, und das im Zweifel auch ohne Hygienekonzept. Und deshalb ist es auch im Sinne des Infektionsschutzes absolut richtig, dass ab 1. März die Friseure wieder öffnen. Wenn es nach mir gegangen wäre, dann hätten die Friseure morgen, am Montag, bereits öffnen können.

(Beifall Marc Reinhardt, CDU: Richtig!)

Ich sehe aber ein, dass auf der Ministerpräsidentenkonferenz keine andere Lösung möglich war, und das ist auch dann so in Ordnung.

Meine Damen und Herren, der Ausweg aus dieser bleiernen Zeit wird durch Sinken der Inzidenz beschrieben. Den wichtigen Beitrag zum Sinken der Inzidenz leisten Impfungen, und da ist die Situation in Deutschland extrem unbefriedigend. Richtig ist, dass die Bundesländer vorbildlich vorgearbeitet haben, und nach meiner Kenntnis war die Infrastruktur in den meisten Bundesländern zum 15. Dezember so, dass man theoretisch mit voller Kraft losimpfen hätte können. Und tatsächlich kommt der Impfstoff nicht in gewaltigen Wellen über unser Land, sondern derzeit eher tröpfchenweise. Und ich räume gern ein, dass ich mir das schon anders vorgestellt hätte. Nur, auch mit viel Geld, vielen guten Worten und allerbestem Willen aller Beteiligten hätte sich das nicht ändern lassen.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Seit Tagen lese ich diese Kampagne, die einige Zeitungen in Deutschland – nicht in Mecklenburg-Vorpommern, das will ich betonen, nicht in Mecklenburg-Vorpommern, ich rede von bundesweit erscheinenden Zeitungen –, die die fahren, in denen die politisch Verantwortlichen in Brüssel und Berlin in die Nähe von Straftätern gedrückt werden. Und deswegen, bei allem verständlichen Ärger darüber, dass bei uns seit zwei Monaten die Impfbomben stehen und der Impfstoff nach wie vor knapp ist, mahne ich zur Zurückhaltung, wenn es dann um Schuldzuweisungen geht. Impfstoff ist eben schon etwas anderes als Hustensaft. Die Entwicklung ist komplex, die Rohstoffe sind rar. Dass wir knapp ein Jahr nach Ausbruch der Pandemie überhaupt zugelassene Impfstoffe haben, die den Standards der Europäischen Union entsprechen, halte ich für ein mittelgroßes technisch-medizinisches Wunder.

Und es kommt hinzu, dass das Ende der Knappheit absehbar ist. Wir haben in Deutschland inzwischen drei zugelassene Impfstoffe, es kommen kurzfristig noch ein oder zwei Impfstoffe hinzu, sodass wir ab März die Situation haben werden, dass wir mit dem Impfen, denke ich mal, die Vollauslastung dann unserer Impfstruktur hinbekommen werden. Und auch hier, besser wäre es gewesen, man hätte vor zwei Monaten bereits beginnen können. Fakt ist – ich wiederhole mich –, dass man auch mit Geld und guten Worten die benötigte Menge an Impfstoff nicht herbeizaubern kann, und das wäre auch dann nicht geschehen, wenn man die gesamte Pharmabranche im Sommer vergangenen Jahres mit Staatsgeld vergoldet hätte.

Meine Damen und Herren, jetzt zurück zur Tagespolitik: Die Ministerpräsidenten und die Kanzlerin haben sich darauf verständigt, dass erste echte Lockerungen ab einer bundesweiten Inzidenz von 35 vorgenommen werden können. Eine solche bundesweite Inzidenz impliziert natürlich, dass es möglicherweise – ich kann es jetzt auch nicht voraussagen, ich habe keine Glaskugel –, aber sagen wir mal, ab Mitte März Landkreise geben wird,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, ich würde eher sagen, ab Ostern.)

die nahezu bei null liegen werden, und es wird auch Landkreise geben mit Werten, die über 100 liegen. Eine solche Situation, nämlich Ausreißer nach oben und nach unten, haben wir seit Beginn der Pandemie, und wir haben sie auch in diesem Bundesland. Die Erklärungen dafür können recht vielseitig sein: Von großen illegalen Partys, etwa Hochzeiten, über Ausbrüche in Pflegeheimen bis hin zu generell erhöhter Inzidenz im grenznahen Bereich war schon alles Mögliche dabei.

Aber eins, glaube ich, steht doch aber fest. Die Menschen in Deutschland sind im Durchschnitt – im Durchschnitt – ziemlich gleich vernünftig beziehungsweise gleich unvernünftig, und gleichzeitig sind die Corona-Regeln, nach denen wir in Deutschland seit beinahe einem Jahr leben, mit kleinen Abweichungen überall die gleichen. Und es gehört zum Wesen des Föderalismus, dass jedes Bundesland – und Sie hören ja aus den anderen Bundesländern zum Teil die wildesten Sachen, sage ich mal –, aber es gehört eben dazu, dass jedes Bundesland sich selbst für den Nabel der Welt hält und glaubt, schlauer zu sein als alle anderen.

(Heiterkeit und Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Und Fakt ist – auch da gebe ich Ihnen recht, Tilo, gebe ich dir recht, auch da, ich bin auch nicht mit allem einverstanden, was da so kommt, aber das ist ja nun das Wesen des Föderalismus, jedes Bundesland, ich habe es ja gesagt, hat da seine eigene Auffassung –, Fakt ist, die Vernunft in Deutschland ist relativ gleich verteilt und die Regeln sind deutschlandweit praktisch identisch. Und Letzteres ist ja auch genau der Sinn der Ministerpräsidentenkonferenz wie der gestrigen, nämlich, deutschlandweit koordiniertes, abgestimmtes Handeln eben zu ermöglichen.

Und um lokale Ausbrüche besser in den Griff zu kriegen, gibt es ja auch in Mecklenburg-Vorpommern, haben wir ja auch ein Ampelsystem, das dazu beitragen soll, örtliches Infektionsgeschehen einzudämmen. Dieses Ampelsystem gilt nach wie vor. Wir haben uns mal auf dieses System verständigt und ich halte es auch für richtig. Und da heißt dann aber ein Ergebnis auch, dass nicht einzelne Landkreise oder Verwaltungen stigmatisiert werden. Das ist kein Beitrag zur Eindämmung der Pandemie.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich komme selbst aus dem Landkreis Ludwigslust-Parchim, und als – Sie wissen das, Sie kennen ja alle, wie sich die Inzidenzen entwickelt haben, das geht mal da hoch, mal da hoch, mal da hoch –, und als damals in diesem, in dem Landkreis vor einigen Wochen es passiert ist, dass in Alten- und Pflegeheimen Ausbrüche gemeldet wurden, hat mich das, ich denke mal, sehr tief bewegt, weil man denkt ja in erster Linie daran, woran liegt das, wie kriege ich das eingedämmt, haben wir alles getan, müssen wir etwas verändern. Das ist doch das, was einen dann bewegt. Und dass das eine Auswirkung auf die lokale Inzidenz ist, hat mich, ehrlich gesagt, in diesem Moment überhaupt nicht interessiert. Mich hat auch keine Zuständigkeit interessiert, sondern mich hat einzig und allein interessiert, wie kommen wir da wieder runter, was können wir tun.

Und Sie können gerne Stefan Sternberg fragen, ich hatte ihn dann angerufen und habe gesagt, woran das liegt, habe mich mit ihm unterhalten und geguckt, ob wir irgendwo helfen können, sage ich mal, oder ob es irgend-

wo ein Defizit gibt, aber ich wäre niemals auf die Idee gekommen, Herrn Sternberg öffentlich dafür verantwortlich zu machen.

(Marc Reinhardt, CDU: Sehr gut!)

Bei aller Schärfe,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Guter Mann!)

die mitunter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Guter Mann!)

bei aller Schärfe,

(Peter Ritter, DIE LINKE: So geht Koalition!)

die mitunter in der Debatte ist, sollte niemand vergessen, dass wir hier zwar untereinander um politische Mehrheiten konkurrieren, dass wir alle aber einen gemeinsamen Gegner haben, und dieser gemeinsame Gegner, dem ist die Parteizugehörigkeit so was von egal, und dieser Gegner heißt Covid-19.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Meine Damen und Herren, die nächste MPK wird spätestens Anfang März stattfinden. Ich denke mal, dass es den gleichen Turnus wieder geben wird wie auch heute. Es wird wieder eine Sonderlandtagssitzung wahrscheinlich stattfinden, und wir werden hoffentlich über die ersten Lockerungen diskutieren. Heute Nachmittag finden ja auch die beiden Task Forces statt, Wirtschaft und Tourismus, die sich zusammentun und auch heute bereits über die Landesstrategie eben unterhalten werden.

Ich glaube, ich will zurückkommen zu dem, was ich gesagt habe: Wir wissen, dass die Maßnahmen, die wir eingeleitet haben, dass sie sinken. Ich will damit aufgreifen, wir müssen nach wie vor die Zähne zusammenbeißen und wir müssen nach wie vor alles daransetzen, die Bevölkerung, die Bevölkerung, die eben um Zustimmung und um Akzeptanz und zum Mitmachen aufzufordern und zu erklären, warum wir dies alles tun. Und das sollte uns gelingen, dann sollten wir die Pandemie dann auch Mitte März erledigt haben. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Jens-Holger Schneider, AfD: Mitte März ist die Pandemie erledigt?! Wow!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der LINKEN die Fraktionsvorsitzende Frau Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU – Glocke der Vizepräsidentin – Peter Ritter, DIE LINKE: Gesundheitsminister, Aufmerksamkeit!)

Nun sind wir schon ein ganzes, ein komplettes Jahr getrieben, getrieben von Lockdown und Öffnung, von großer Ungewissheit und neuen Erkenntnissen, von Ängsten und Hoffnungen, ein ganzes Jahr, ein Auf und Ab, ein Vor und ein Zurück. Wir zwingen uns und werden gezwungen, ein Leben zu führen, das einfach nicht unser ist, weil es fremd und unfreundlich und einsam ist. Handel, Gewerbe, Kultur und Gastronomie liegen am Boden, Kitas, Jugendklubs und Schulen sind weitestgehend geschlossen, Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime sind abgeschottet. Dieses Leben verliert besonders bei den Älteren, den Hilfebedürftigen, bei den Kranken, aber auch bei Kindern und Jugendlichen an Würde. Es ist ein verlorenes Jahr.

(Beifall Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber neben diesen vielen schrecklichen Erfahrungen gibt es auch etwas Positives: Endlich hört die Politik auf die Wissenschaft. Das ist das Beeindruckende. Professor Reisinger, die Professoren Kaderali und Streeck oder aber Professor Drosten geben den Takt vor. Sie sagen uns, wo es langgeht. Und eine Kanzlerin, die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten hören auf sie. Das hätte schon längst so sein müssen. Wenn man auf Professor Butterwegge gehört hätte, wären wir im Kampf gegen Alters- und Kinderarmut schon ein gehöriges Stück weiter. Hätte man auf Professor Horn gehört, gäbe es vielleicht jetzt schon keine gesetzlich verordnete Armut mehr, die im Hartz-IV-Mantelchen daherkommt. Wir sollten uns angewöhnen, die Wissenschaft deutlich ernster zu nehmen, um glaubwürdig zu sein und um zu überzeugen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist ein unerträglicher Zustand, dass eine so hoch entwickelte Gesellschaft wie Deutschland nicht in der Lage ist, ausreichend Impfstoff zu produzieren und zu verteilen. Hier haben die Verantwortlichen mit ihrer Politik versagt und haben sich von der Pharmaindustrie über den Tisch ziehen lassen. Eine verantwortungsvolle Gesundheitspolitik kann nicht heißen, hier wird geschachert, was das Zeug hält, hier wird geknausert, um einen vermeintlichen Reibach von 7 Milliarden Euro zu machen. Sind 7 Milliarden Euro ein Gewinn, wenn dadurch Tausende Menschen ihr Leben verlieren? Wer die Gesundheit der Menschen auf den Basar trägt, der hat verloren, versagt, und der hat versagt zulasten der Bevölkerung.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und dann kommt die Kanzlerin hinzu, die weiterhin behauptet, dass hier die Politik keine Fehler gemacht hat. Wenn es also kein Fehler war, zu wenig Impfstoff zu bestellen,

(Egbert Liskow, CDU: Der muss doch erst mal produziert werden!)

dann war es also von Anfang an geplant, nicht die Impfdosen zu ordern, die wir brauchen? War es denn geplant, viel zu wenige Menschen zu impfen und stattdessen von einem Lockdown zum nächsten zu kommen? Das kann und will ich nicht glauben. Was ich aber weiß, ist, dass hier Fehler gemacht wurden, und zu diesen sollten die Verantwortlichen stehen und künftig derartig oberflächliches und fahrlässiges Agieren unterlassen, denn nur,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

denn nur mit genügend Impfstoff in kurzer Zeit können wir uns Schritt für Schritt aus den Fängen der Pandemie befreien, können wir täglich unser aller Risiko verkleinern.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir uns eingestehen, dass das zurückliegende Jahr ein ganz schlimmes war, müssen wir aber auch sagen, dass es notwendig und überlebenswichtig war, diese dramatischen Einschnitte in unserem Leben zuzulassen. Wären wir diesen Weg, der uns wirklich oft endlos und verworren vorkommt, nicht gegangen, gäbe es Tausende weitere Infizierte und Tote, die wir so vermeiden konnten. Wenn es also ein uns Menschen fremdes Leben ist, was wir derzeit führen, dann hat dieses befremdliche Leben aber Leben gerettet.

Nun wird es aber Zeit, sachlich und mit gebotener Besonnenheit Wege aus diesem fremden Leben zu suchen, dieses planvoll zu strukturieren und endlich den Frauen, Männern und Familien in Mecklenburg-Vorpommern zu sagen, wann voraussichtlich welches Stück vom Leben zu ihnen zurückkommt. Wir sind in der Pflicht, den Einwohnerinnen und Einwohnern Perspektiven und Zuversicht zu geben. Wir müssen ihnen die Angst vor Ausweglosigkeit und Resignation nehmen. Deshalb sind jetzt erste zaghafte Schritte notwendig, ohne in einen Überbietungswettbewerb der Öffnung sämtlicher Bereiche zu treten. Wir brauchen keinen Gemischtwarenladen der Öffnungen, wir brauchen einen Anfang und einen Plan. Denn wenn wir,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

denn wenn wir zu früh sämtliche Bereiche auf Zuruf und maßlos wieder an den Start bringen, dann droht die dritte Welle, die uns noch viel härter trifft, die noch länger dauern wird und die uns viel teurer zu stehen kommt als die anderen beiden Wellen zusammen.

(Unruhe bei Thomas Krüger, SPD,
und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Und das ist keine Schwarzmalerei,

(Glocke der Vizepräsidentin)

das zeigen die Erfahrungen zum Beispiel in Großbritannien oder in Portugal.

Sehr geehrte Damen und Herren, viele der getroffenen Maßnahmen waren hart, aber sie waren notwendig, um die Gesundheit zu schützen. Aber zum Gesundheitsschutz gehört mehr als der Schutz vor Viren, der Schutz vor Corona. Auch soziale Verwerfungen, familiäre Probleme, die Gefahr von seelischen Schäden und von Vereinsamung müssen wir bedenken, wenn wir über die Gesundheit und ihren Schutz reden.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Jetzt!)

Wir müssen wenigstens die Schäden beheben, die wir jetzt schon sehen, spüren oder erahnen können. Deswegen haben wir uns dafür ausgesprochen, wenn sich auch nur die kleinste verantwortbare Möglichkeit bietet, die ganz Kleinen zurück ins Leben zu holen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Es sind die 0- bis 12-Jährigen, die überhaupt keinen Ausweg aus dieser Krise haben, weil sie eben nicht über den Verstand eines Erwachsenen verfügen, weil sie sich nicht einrichten können, weil sie kein Verständnis dafür aufbringen können, ihre Freunde nicht zu treffen, ihre Mitschüler nicht zu sehen. Eine Kinderlogik kann dieses Leben nicht erklären. Ein Kind möchte spielen, ungezwungen herumdallern, unbesorgt sein und auch lernen. Ein Kind darf niemals eine schwere, freudlose und schlimme Kindheit haben.

Meine Freunde Hannes und Niklas sind neun und elf Jahre alt, sie haben mir Folgendes geschrieben: „Wenn wir wieder in die Schule dürfen, dann kennt uns da niemand mehr und dann wird auch keiner mehr mit uns spielen, weil wir uns vergessen haben. Wir wissen gar nicht mehr, wie unsere Freunde aussehen. Unsere Mama ist unsere Lehrerin, unser Clown, unsere Klavierlehrerin, unsere Bastelfee und unser Erklärbar. Unsere Mama soll wieder nur unsere Mama sein dürfen.“

Für Hannes und für Niklas, für alle Kinder wollen wir die Kitas und Grundschulen sowie die Orientierungsstufe als Erstes wieder öffnen. Deshalb hat meine Fraktion nach Rücksprache mit Experten einen Stufenplan vorgelegt, wann und unter welchen Bedingungen die Kindertagesstätten sowie die Grundschulen und die Orientierungsstufen schrittweise – und dann natürlich auch die weiterführenden allgemeinbildenden und beruflichen Schulen – wieder öffnen sollen, selbstverständlich alles nach Abwägung der Entwicklung der Inzidenzwerte, des Infektionsgeschehens, der Belastung der Krankenhäuser, aber eben auch unter Berücksichtigung der Belastung der Familien, der seelischen und körperlichen Auswirkungen auf die Kinder.

Deshalb ist die Zeit der Öffnungen von Grundschulen und Orientierungsstufen und Kitas gekommen, denn sie sind keine Hotspots für Ansteckungen. Es kann nicht sein, dass wir die Kleinen zu Hause lassen, dass sie weitere Einschränkungen ertragen sollen, wenn die Großen ihrer politischen Verantwortung nicht nachkommen, weil die Großen es sind, die keine Hausaufgaben gemacht haben!

Ich möchte am Beispiel eines Kindes, das im vergangenen Jahr eingeschult wurde und jetzt die 2. Klasse besucht, beschreiben, wie viel Unterricht bereits komplett verloren gegangen ist. Während des ersten Lockdowns fand nach Abzug der wenigen Präsenztage zwölf Wochen kein regulärer Unterricht statt. Das heißt, dass dieser Erstklässler 84 Stunden keinen regulären Deutschunterricht hatte, 72 Stunden keinen Mathematikunterricht,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

36 Stunden keinen Sachunterricht, 12 Stunden keinen Philosophieunterricht oder Religionsunterricht, 24 Stunden keinen Kunst- und Werkunterricht, 24 Stunden keinen Sportunterricht und 12 Stunden keinen Musikunterricht. Diesem Kind sind in der Zeit des ersten Lockdowns 264 Unterrichtsstunden in Präsenz verloren gegangen. Hinzu kommen die letzten Wochen in diesem Schuljahr, in dem dieses Kind jetzt in die 2. Klasse geht. Hier fand über fünf Wochen kein Unterricht statt. Für diesen Zweitklässler bedeutet es zusätzlich zu dem bereits verlorenen Unterricht einen weiteren Ausfall von mehr als 100 Stunden. Insgesamt fehlen diesem Kind somit 400 Stunden Unterricht. Das ist exakt ein halbes Schuljahr. Dieses

Kind kann bis heute nicht richtig lesen, schreiben und rechnen. Für ihn ist das Corona-Jahr ein verlorenes Jahr. Wenn wir wollen, dass dieser Zweitklässler in diesem Schuljahr noch schreiben lernt, dann darf kein Tag mehr ungenutzt ins Land gehen, an dem dieses Kind nicht in die Schule geht.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, es gibt auch außerhalb von Kita und Schule, die in Mecklenburg-Vorpommern wirklich während des gesamten Pandemiejahres immer Priorität hatten, noch zwei weitere Bereiche, die durchaus heute beachtet werden müssen, zwei Bereiche, deren Öffnung ebenfalls zeitnah erfolgen sollte. Das sind zum einen die Fahrschulen und zum anderen die Friseure. Beide Bereiche sind für das gesellschaftliche und berufliche Leben notwendig und im Hinblick auf das aktuelle Infektionsrisiko und die Besonderheiten dieser Tätigkeiten als Pandemieherde auszuschließen. Bei den Fahrschulen reicht ein Blick in andere Bundesländer, die diese entweder gar nicht geschlossen hatten oder bereits wieder geöffnet haben. Gerade im Flächenland ist eine Fahrerlaubnis zur Berufsausübung fast unerlässlich und deshalb von zentraler Bedeutung.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Im Juni verlassen Tausende Jugendliche die Berufsschule oder beginnen die Berufsausbildung.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Sie alle müssen entweder ihre künftige Arbeit erreichen oder eben ihre Berufsschule. Das ist ganz oft nicht mit den öffentlichen Verkehrsmitteln möglich. Würde man vom Wohnort Klütz zum Ausbildungsort Waren für den Beruf der Hauswirtschafterin fahren, bräuchte man mit den öffentlichen Verkehrsmitteln viereinhalb Stunden und müsste dreimal umsteigen. Der Chemielaborant, der vom Wohnort Dummerstorf in die Landesfachklasse nach Zierow fährt, kann erst um 8.15 Uhr aus Dummerstorf losfahren und wäre dann fast pünktlich zum Unterrichtsende in Zierow, nämlich gegen 12.00 Uhr.

Hinzu kommt, dass Fahrschulen schon jetzt eine große Bugwelle, vor allem im praktischen Unterricht, vor sich herschieben. Monate des Lockdowns sind Monate ohne Möglichkeit, die Fahrstunden zu absolvieren, und das Nachholen ist eine fast unmögliche Aufgabe, denn ein Fahrlehrer darf nicht mehr als 495 Minuten täglich arbeiten. Das heißt also, dass hier aus Versicherungsgründen nicht einfach die Anzahl der Arbeitsstunden verdoppelt werden kann, wenn der Lockdown beendet ist. Diese riesige Zahl von Fahrschülern ohne Fahrerlaubnis wird viel zu spät ...

(Im Plenarsaal klingelt ein Handy. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Das kommt davon,
wenn man am Handy rumdaddelt!)

Diese riesige Zahl von Fahrschülern ohne Fahrerlaubnis wird viel zu spät an den Prüfungen teilnehmen können, weil sie zu spät ihre praktische Ausbildung erhalten. Hier geht nicht nur ein Berufszweig krachen, hier steht die Zukunft Tausender Arbeitskräfte auf dem Spiel. Das gilt es, dringend zu verhindern.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und dann sagt man immer von uns Frauen, wir würden so viel erzählen!

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE: Nee, das gilt vor allem
für männliche Fraktionsvorsitzende besonders! –
Thomas Krüger, SPD: Wir diskutieren!)

Hm! Wäre aber schön, wenn Sie zuhören würden, dann können Sie anschließend vielleicht noch mehr diskutieren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und vor
allem ohne Maske! Ohne Maske! –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Und bei der Öffnung der Friseure geht es auch um viel mehr als um das Wohlbefinden des Einzelnen. Gerade viele Ältere sind auf das Haarewaschen und Föhnen beim Friseur angewiesen, weil sie eben selbst dazu nicht mehr in der Lage sind. Somit ist für viele der Friseurbesuch kein Luxusbedürfnis, sondern wirklich eher ein Grundbedürfnis. Und wie wichtig und notwendig die Öffnung der Friseure ist, zeigt auch ein Blick in die Runde hier im Parlament.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD:
Herzlichen Dank! –
Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU –
Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, gestatten Sie, dass ich mich zunächst an Sie wende, denn mich würde es schon interessieren, wie Sie es in Ihrer exponierten Funktion als Regierende, aber mehr noch als Demokratin finden, dass es zur Gewohnheit wird, die uns schon vertraute Maßnahmen- und Erlasspolitik einfach auf die Berliner Schalte hin exekutiv durchzuschalten, vor einem Parlament, welches nur mehr eine einzige Oppositionskraft hat, die von den Regierungsparteien und von der von ihnen kooptierten LINKEN einfach überstimmt wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das ist ein obrigkeitstaatliches und quasi vormundschafftliches Verfahren, ein Automatismus von oben her, der nicht im Wahlrecht, aber im Verfahren an die DDR-Volkskammer erinnert und weswegen auf die Debatte sogar verzichtet werden könnte,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was haben Sie
für eine Ahnung von der Volkskammer?!)

geht es doch tatsächlich nur darum, exekutiv Beschlossenes parlamentarisch durchzuschalten und hier durchzuwinken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Ach, wenn Sie keine
Mehrheit haben, dann ist das keine Demokratie?!)

Der trendige Begriff der „Schalte“ scheint mir mittlerweile für die Schrumpfung der Demokratie zu einer bloßen Durchschaltung ein sehr beredter Begriff zu sein. Gestern las Ihnen Heribert Prantl die Leviten, ein Leitartikel der Sozialdemokratie. Er sagte dem „Deutschlandfunk“, „der Bundestag komme in der aktuellen Krise viel zu kurz und werde zu selten gehört. Die Bund-Länder-Runde, die derzeit die Politik in Deutschland bestimme, sei dagegen nirgendwo gesetzlich verankert. Man müsse sich darauf besinnen, dass die Freiheit der Normalzustand sei. Die Grundrechte seien auch in Notzeiten ein Leuchtturm“.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dass DIE LINKE den gesetzgeberischen Selbstverzicht des Parlaments hinnimmt und als De-facto-Bündnispartnerin der Koalition fungiert, ist ihre Sache. Sie hält es offenbar mit den Blockparteien ganz komfortabel aus. Uns jedoch als Alternative für Deutschland obliegt hier genau deswegen umso mehr die Verantwortungsrolle einer vitalen Opposition, ohne die Demokratie und Parlamentarismus nun mal nicht zu denken sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

DIE LINKE ist als Opposition ausgefallen und Teil des einheitsfrontlichen Prinzips. Dieses Parlament spielt wirkmächtig keine eigene Rolle mehr. Es trägt den exekutiven Werkzeugkasten von Frau Schwesig, mehr nicht. Man kann es auch mit dem Philosophen Peter Sloterdijk ausdrücken, und ich zitiere: „Mit der legislativen Komponente demokratischer Prozeduren kann man nur noch Mitleid haben.“ Zitatende.

Meine Damen und Herren, gerade in dieser Situation des Ausnahmezustandes sollten die Stimmen derer gehört werden, die aus dem Fokus geraten sind, aber an einer rigorosen Blockade- und Lockdownpolitik kaputtzugehen drohen, geschäftlich sowieso, als Leistungsträger, aber auch seelisch, als einfache Leute, als Kinder und Schüler, als in Isolation gezwungene alte Menschen,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

gar nicht zu reden von den Schulen, über deren Abschaltung die Qualifizierung einer ganzen Kitageneration irreversibel Schaden zu nehmen droht. Mittlerweile fielen ganze Stoffeinheiten aus – Frau Oldenburg hat es uns gerade vorgerechnet –, nicht nur in den Kernfächern. Der letzten Klassenstufe 5 beispielsweise fehlt häufig die laut Rahmenrichtlinie zu vermittelnde Bruchrechnung. Sie konnte in dem dann in die Klasse 6 aufgestiegenen Jahrgang nicht nachgeholt werden, wie mir ein an einer Regionalschule unterrichtender Lehrer sagte. Geometrisch wollte er gerade mit der Stoffeinheit „Kreis und Winkel“ anfangen, aber da schlossen die Schulen. Und Sie täuschen sich, wenn Sie meinen, dass ein eher improvisierter als ein routiniert durchlaufender Distanz- und Onlineunterricht dies irgendwie zu überbrücken oder gar nachzuholen verstünde.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sehr richtig!)

Überhaupt nicht!

Die Lehrer sind im ihnen zugemuteten Permanent-Online-und-Stand-by-Modus und als Arbeitsplatzgeneratoren am Limit. Unsere Kinder werden sich nie an die ihnen fremden Verfahrensweisen in Video- und Telefonkonferenzen gewöhnen, weil sie eben keine kleinen smarten Erwachsenen sind. Und die Eltern drehen langsam durch, weil sie neben dem technischen Support an den Endgeräten der Kinder auch noch fachdidaktisch Hilfestellung leisten sollen.

Da gibt es zum Beispiel also auch die Möglichkeit – ich habe da auch mit meinem Sohn drüber gesprochen, der wusste das nämlich anfangs gar nicht –, auf „itslearning“ kann man die Zugriffszeiten sehen. Man kann sehen, wie lange sind die Lehrer online, wie lange sind die Schüler online, wie lange befassen sie sich mit einzelnen Arbeitsblättern. Und da ist das Schlimme, dass manche Schüler seit Wochen nicht mehr online gewesen sind. Und unsere Lehrer, die haben überhaupt keine Handhabe.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und dann wollen Sie uns erzählen, dass das alles so funktioniert und die Kinder auf dem besten Bildungsstand sind, den wir je hatten!

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen – vorgestern so erhalten – aus einer WhatsApp-Nachricht einer Lehrerin zitieren, die sich an mich wandte: „Dieser Kampf am Computer macht auch was mit den Leuten, Kopfschmerzen. Und die Kinder haben keine Ablenkung, kein Sportverein, kein Musikunterricht, kein Tanzen. Eine 12-Jährige Schülerin sagte mir, ich stehe morgens auf und heule. Die Eltern sind nicht da, der 20-jährige Bruder auch völlig gefrustet, der wieder zu Hause eingezogen ist.“ Und diese Lehrerin, die berichtete weiter, dass zu ihrem noch verbliebenen, weil gerade noch statthaften Präsenzunterricht in der Klasse 12 nur noch die wenigsten erscheinen, da die Teilnahme ja freigestellt ist. Der Mathematikunterricht laufe aufgeteilt, 21 Schüler, verteilt auf drei Räume, 7 in jedem. Der Mathelehrer eilt hin und her und stellt fest, welche Fragen sich ergeben. Ruhiger, auf Vermittlung und Übung basierender, also solider Unterricht ist das nicht, meine Damen und Herren!

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

In den Telefonkonferenzen erreicht die Kollegin von 24 Schülern stabil 3 bis 4, alle anderen schalten sich nicht mehr zu, wie schon erwähnt, und das ohne eine Handhabe. Der Fremdsprachenunterricht leidet, weil er von mündlichen Beiträgen, von der Gegenwart gesprochener Sprache lebt und eben nicht von Onlinearbeitsblättern auf digitalen Plattformen.

Und ich fragte danach, welche Wünsche die Lehrerin hätte. Als Antwort kam: die sofortige Öffnung der Schulen. So, wie es vorm Lockdown lief, kann es unter Beachtung der Hygieneregeln wieder laufen. Wir wären alle erlöst. Bitte keine Zwischenlösung, kein Wechsel- und kein Schichtunterricht, sondern einfach normaler Unterricht!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Schwesig, sehr geehrte Frau Ministerin Martin, hören Sie unseren Lehrern überhaupt noch zu?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Nein, die ist nicht mal hier!)

Meine Damen und Herren, letztlich ist es gar nicht so sehr die Frage, inwiefern Ihre pauschalen und flächendeckenden Totalabschaltungen zu hart sind, sondern ob sie hilfreich sind. Sie legen einfach das ganze Land lahm, wumms! Sie verbrennen das Haus, um ein Wespennest auszuräuchern, und dennoch sterben weiterhin die Alten in den Heimen. Aber das Ordnungsamt kontrolliert hier in Schwerin mit „Schwarzen Sheriffs“, ob in der Innenstadt alle artig ihre Masken aufgezogen haben!

Sie forcieren weiterhin die Hysterie der Ängstlichen. Hierzu passt auch der jüngst medial veröffentlichte Skandal im Bundesinnenministerium. Anstatt seriös und in Abwägung der Folgewirkungen politischer Entscheidungen vorzugehen, hat Seehofers Haus ein Horrorszenerario entworfen, um rigorose Maßnahmen rechtfertigen zu können, wenn wir nichts unternehmen würden, stürben eine Million Menschen.

Meine Damen und Herren, wenn solche bewusst gesetzten Schreckensbilder realer Grundlagen entbehren, dann handelt die Regierung verantwortungslos.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Ich hoffe sehr, dass Frau Schwesigs Staatskanzlei diesem Irrweg niemals folgte. Wir werden das hinterfragen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Die hört auch nicht zu!)

Mag sein, wir werden irgendwann Enquetekommissionen zu erwarten haben, die überprüfen, inwiefern 2020 und 2021 tatsächlich angemessen gehandelt worden ist. Und man wird vermutlich konsterniert darüber sein, mit welchem Allergieschub auf ein Virus reagiert wurde, das zwar ernsthafte Komplikationen auslösen kann, aber ansonsten Erkältungssymptome hervorruft, die nach Auskunft unseres Landesamtes für Gesundheit zu 33 Prozent nicht spürbar, zu 39 Prozent leicht und zu 24 Prozent andersartig seien. Ja, 3 bis 4 Prozent der Verläufe sind schwer, gerade bei Älteren und bei Risikopatienten. Und ich sage eben nicht, wie Sie es uns immer vorwerfen, das ist nichts anderes als eine Grippe, sondern ich sage, der Verlauf und vor allem die Verteilung der Intensität der Verläufe sind mit einer schwierigen Infektionskrankheit vergleichbar. Vorkehrungen sind daher nötig, aber nicht der hervorgerufene GAU eines ganzen Gesellschaftssystems.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Und wie in jeder Regierungserklärung, Frau Ministerpräsidentin, berichten Sie von Gesprächen mit Pflegekräften. Und Sie haben wieder eingewandt, aber die Intensivstationen laufen voll und die Ärzte sind am Limit. Das war und ist von Anfang an Ihr Hauptargument für die Corona-Lockdown-Politik gewesen. Nachvollziehbar und eingängig, gerade weil es um Leben und Tod geht, kann sich dem keiner verschließen, schon aus ethischen Gründen nicht. Aber dazu sei Michael Klonovsky zitiert: „Auf den Intensivstationen ist immer schon bis zur Erschöpfung gearbeitet worden, es hat nur nie jemanden interessiert und die Krokodilstränen möge man sich sparen, besonders die Politiker, die das Gesundheitssystem kaputtgespart haben.“

Meine Damen und Herren, Sie bevormunden mit Ihrer Vorschriftenpolitik die Bevölkerung, der Sie immer dreister das Vermögen absprechen, selbst verantwortungsvoll handeln zu können.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Der Preis ist hoch und wird täglich höher. Ihre Angstmacherei vorm Corona-Tod treibt die Selbstständigen in den Ruin und Ihre Milliardenausschüttungen im Rahmen sogenannter Rettungsfonds und Sondervermögen sind das Schweigegeld, mit dem Sie sich die Zustimmung für die Fortführung einer gespenstischen Friedhofsruhe im Land erkaufen. Sie sagen dann,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sie sagen dann, wir unterstützen die Menschen, Unternehmen und Kommunen im Land. Nein, nicht Sie! Die Regierung selbst verfügt über kein eigenes Vermögen. Sie teilt in coronasozialistischer Weise das Volksvermögen aus, das sie vorher steuerlich eintrieb, und sie wird sich ihre vermeintliche Unterstützung teuer bezahlen lassen, indem jene die Zeche begleichen, denen angeblich so generös und solidarisch geholfen wurde.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich darf Ihnen das verdeutlichen: Die Rückstände von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der gesetzlichen Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und der Pflegeversicherung wuchsen im Jahr 2020 um rund 700 Millionen auf 18 Milliarden Euro. Den größten Anteil machten mit 9,6 Milliarden Euro die Beitragsrückstände von Selbstständigen und anderen freiwillig Versicherten bei den Krankenkassen aus. Allein dieser Schuldenberg wuchs um 544 Millionen Euro innerhalb eines Jahres. Das zeigt die Zerstörung von Lebensentwürfen und ihrer Perspektiven.

Bei den Menschen im Land kommt Ihre unverhältnismäßige Corona-Politik immer deutlicher an. Da entscheiden welche über uns, die es sich im politischen Schwerin ganz behaglich eingerichtet haben. Die angebliche Selbstlosigkeit der Abgeordneten und Regierungsvertreter besteht lediglich im Durchhalten von Marathonsitzungen und im Zuhören der Ministerpräsidentin in einer Telefonkonferenz.

(Jochen Schulte, SPD:
Mehr als Herr Kramer leistet!)

Legitimiert sind diese festgesessenen Politiker durch unsere Wahl, weniger durch ihre Kompetenz oder gar durch ihren Mumm. Nein, sie administrieren, sie haben die Macht und nun sperren sie uns über Monate den Laden zu, weil ein Virus in der Luft liegt, das ebenso wenig wie all die anderen Viren je verschwinden wird,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dies schon gar nicht in der von Ihnen so beschwärmten „einen Welt“ mit ihrer globalisierten Vernetzung. Und nun sind die Mutanten das neue Schreckensgespenst. Sie werden instrumentalisiert, um immer weiter und weiter den Lockdown zu verlängern. Im Übrigen gibt es mittlerweile mehr als 12.000 Mutationen und über 4.000 Genome des Virus.

Meine Damen und Herren, es ist dringlich weiterzuarbeiten, weiterzuleben, Mut zu fassen und das zu wagen, was Menschen immer verstanden, eben couragiert trotzdem endlich wieder das Leben zu gestalten, schöpferisch tätig zu sein und dabei auf einen Staat vertrauen zu können, der das Land wieder auf die Beine stellt und die Bürger schützt.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, Sie überschätzen die Geduld und den Langmut der von Ihrer Abschaltungspolitik Betroffenen. Der Mittelstand, der Nettosteuerzahler unseres Wohlstands, trägt die Hauptlast der allzu rigorosen Verordnungspolitik. Diese Menschen werden sich nicht auf Dauer fügen. Beenden Sie diesen Lockdown und sorgen Sie für Verhältnismäßigkeit! Geben Sie insbesondere unseren Kindern eine Chance, geben Sie insbesondere unseren Kindern die Chance, fürs Leben wieder richtig lernen zu dürfen! – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Fraktionsvorsitzender, zu Ihrem Wortbeitrag gibt es einen Antrag auf Kurzintervention von der Fraktion DIE LINKE.

Bitte schön, Herr Ritter!

(Der Abgeordnete Nikolaus Kramer wendet sich an das Präsidium.)

Nein, das können wir später klären.

Peter Ritter, DIE LINKE: Danke schön, Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Kramer, ich bin nun wirklich nicht bekannt dafür, dass ich all das, was die Ministerpräsidentin macht, gut finde, aber – sie lächelt milde –, aber das Bild, was Sie hier zeichnen, das stimmt einfach nicht. Ich will noch mal für die geschätzte Öffentlichkeit darstellen, wie der Hase hier in Sachen Beteiligung des Parlamentes in der Corona-Pandemie läuft, vor allen Dingen auch dank des unermüdlichen Wirkens meiner Fraktion. Vor jeder,

(Heiterkeit bei Jens-Holger Schneider, AfD: Jawoll!)

vor jeder Kanzlerschalte gibt es ein Telefongespräch zwischen der Ministerpräsidentin und den Fraktionsvorsitzenden.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Da sind Sie dabei, wenn ich das richtig weiß. Da hat jede Fraktion die Möglichkeit, ihre Vorschläge, ihre Vorstellungen einzubringen, der Ministerpräsidentin mit auf den Weg zu geben und darum zu bitten, dass das in Berlin angesprochen wird. Das wird auch so gemacht. Über Anzahl und Inhalt Ihrer Vorschläge kann ich hier nichts sagen, aber so, wie ich gehört habe, tendiert das wohl gen null.

Dann kommt die Kanzlerschalte, dann kommt wie heute die Befassung im Landtag, es kommt zu einer Beschlussfassung, wo die Fraktionen die Möglichkeit haben, zu den Ergebnissen in Berlin Stellung zu nehmen und weitergehende Vorschläge zu unterbreiten, so, wie das SPD, CDU und meine Fraktion ja wieder gemacht haben. Sie haben auch einen Vorschlag unterbreitet, der allerdings

falsch ist, weil Punkt 4, so, wie er hier steht, ist einfach falsch, was die Einbeziehung des Parlamentes angeht, deswegen ist dieser Antrag auch nicht zustimmungsfähig.

Dann gibt es die Beschlussfassung. Dann gibt es die Möglichkeit, unter anderem im Wirtschaftsausschuss dieses Landtages – auch dafür haben wir gesorgt – dann zu den Corona-Verordnungen der Landesregierung, die im Nachgang an die Landtagssitzung im MV-Gipfel beraten werden, Stellung zu beziehen, dort Fragen zu stellen und möglicherweise auch Änderungen zu beantragen. Auch hier sind die Aktivitäten Ihrer Fraktion mit „gen null“ zu bezeichnen. Also erwecken Sie nicht den Eindruck, dass hier am Parlament vorbei diese ganzen Entscheidungen getroffen werden! Wir haben lange dafür gerungen, auch gemeinsam, dass hier ein anderer Stil stattfindet, als noch in anderen Landesparlamenten das der Fall ist. Es gibt einzelne Parlamente, wo eine solche Einbeziehung des Landtages nicht stattfindet.

Natürlich ist es anstrengend, alle 14 Tage herzukommen zu einer Sondersitzung ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Ritter, Ihre zwei Minuten ...

Peter Ritter, DIE LINKE: ... und darüber zu reden, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... sind abgelaufen.

Peter Ritter, DIE LINKE: ... aber wir wollten das im vollen Bewusstsein, und ich bitte einfach darum, dass wir das hier mit falschen Tatsachen nicht kleinreden. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Möchten Sie antworten, Herr Fraktionsvorsitzender?

Nikolaus Kramer, AfD: Ja, das möchte ich.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön!

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrter Herr Ritter, ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihre Kurzintervention. Natürlich ist es so, dass wir nicht am Parlament vorbei regieren. Das sehen wir ja hier, und das haben, war ja, ist ja eine ...

(Thomas Krüger, SPD: Doch, das haben Sie doch gerade gesagt!)

Nein, nein, dann haben Sie offenbar, Herr Krüger und auch Herr Ritter, dann haben Sie offenbar beide nicht aufmerksam zugehört. Das ist,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

das ist eine,

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

es ist eine Forderung von uns, die wir immer wollten. Wir haben immer gesagt, wir wollen die Beteiligung des Parlaments. Und wir sind dankbar dafür, dass wir hier im 14-tägigen Rhythmus stehen können, dass wir hier im 14-tägigen Rhythmus darüber debattieren können, über

die Beschlüsse auch dieser Bund-Länder-Konferenz, über unsere Anträge, die meine Fraktion zu jeder Sondersitzung einbringt, und auch die Einheitsfront der anderen drei hier im Haus sitzenden Parteien, gar keine Frage!

Aber was ich in meinem Redebeitrag auch gesagt habe, ist, dass es keine Legitimation für diese Bund-Länder-Schalten gibt. Und das ist das einzige Instrument im Moment, was durchgeführt wird. Und wir werden hier vor vollendete Tatsachen gestellt

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

und dürfen dann unsere Hand heben, entweder dafür sein oder eben dagegen. Und wenn wir dann Anträge einbringen, dann sind Sie dagegen. Das ist Demokratie, das ist das Mehrheitsprinzip, aber sagen Sie doch nicht, dass wir uns daran nicht beteiligen! Und dennoch sind diese ganzen Vorgespräche eben auch am Parlamentarismus vorbei. Man beruft sich jetzt seit über einem Jahr auf diese ganzen Telefonschalten, auf diese Bund-Länder-Konferenzen, und das ist nicht im Sinne der parlamentarischen Demokratie,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

das ist nicht im Sinne der Bürger unseres Landes. Das zu Punkt 1.

Zu Punkt 2: Ihr Vorwurf, wir würden uns wenig bis gar nicht, Tendenz zu null, an den Telefonschaltkonferenzen beteiligen, Sie wissen selbst – Sie nehmen ja gelegentlich daran teil –, dass es eine Rednerliste gibt, und die Forderung meiner Partei ist ja schon immer gewesen, Ende dieser Lockdown-Politik, beendet den Lockdown, macht die Schulen wieder auf, macht den Einzelhandel wieder auf. Und ich brauche doch nicht jedes Mal die Forderungen immer wieder zu stellen. Und dann wissen Sie auch, es gibt eine Rednerliste, oft wird ja das vorweggenommen.

Und auch gerade das, was die Ministerpräsidentin in Ihrer Regierungserklärung vorhin erklärt hat und gesagt hat, wir gucken jetzt lokal,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

wir gucken regional,

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)

wir wollen uns nicht mehr den Schuh anziehen in der ganzen Bundesrepublik ...

(Am Rednerpult leuchtet die rote Lampe.)

Ich glaube, wir hatten uns auf drei Minuten geeinigt bei der Antwort. Aber ich komme auch zum Ende.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also ich wüsste nicht, dass wir uns geeinigt hätten. Es sind zwei Minuten und ich habe jetzt gesagt, es sind jetzt schon zwei Minuten zehn.

Nikolaus Kramer, AfD: Ich möchte es auch nicht weiter kommentieren, Frau Präsidentin, aber es gibt keine richtige Festlegung, was die Beantwortung betrifft.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht mal die Geschäftsordnung kennt er!)

Aber ich will hier nur sagen, das haben wir schon ...

(Der Abgeordnete Nikolaus Kramer beendet seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. – Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat jetzt für die Fraktion der SPD der Fraktionsvorsitzende Herr Krüger.

Thomas Krüger, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute kommt der Landtag zum fünften Mal innerhalb weniger Wochen zu einer Sondersitzung zusammen, um die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zu beraten. Und diese parlamentarische Beteiligung beweist für uns, dass die Demokratie auch in Krisenzeiten funktioniert. Der Landtag ist eng eingebunden in die Festlegung der Anti-Corona-Maßnahmen bei uns im Land, und das ist auch gut so.

Meine Damen und Herren, der Fraktionsvorsitzende der AfD hat gerade deutlich gemacht, was er von Demokratie hält. Er hat deutlich gemacht, dass, wenn seine Partei sich hier nicht durchsetzt, das eine Einheitspolitik ist, dass das antidemokratisch ist, dass die Vorgänge, ja, aus seiner Sicht eben nicht demokratisch sind. Ich will ähnlich wie Herr Ritter vielleicht noch mal deutlich machen, in welcher Reihenfolge, in welcher Taktung wir hier eingebunden sind.

Das Erste ist, es gibt die Telefonschaltkonferenz der Fraktionsvorsitzenden. Jede Fraktion hier im Saal – jede Fraktion! – hat die Möglichkeit, vor dem Treffen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten ihre Position deutlich zu machen. Vor dem Treffen kann jeder eine Anregung geben und kann sagen, Frau Ministerpräsidentin, wir hätten gerne, dass dieses oder jenes im Land durchgesetzt wird. Die Ministerpräsidentin bittet geradezu darum, dass wir diese Positionierung machen. Und die konstruktiven Fraktionen machen davon auch rege Gebrauch.

Dann gibt es die Kanzlerrunde, und wenn ich mir den Antrag der AfD ansehe, dann ist die Ministerpräsidentin offenbar nicht völlig frei, wie sie da reingeht, sondern Sie wollen ihr wohl Vorgaben machen. So habe ich das verstanden. Sie ignorieren, dass es diese Telefonschaltkonferenz gibt. Im Nachgang wollen Sie der Ministerpräsidentin verbieten, die Bevölkerung darüber zu informieren, was durchgesetzt worden ist. Aus meiner Sicht ist das nicht wirklich konform mit dem, was wir Presse- und Redefreiheit in diesem Land nennen. Aber das müssen Sie mit Ihren eigenen demokratischen Gepflogenheiten klarmachen, was Sie davon halten.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Also noch mal, Telefonschaltkonferenz der Fraktionsvorsitzenden, dann die Kanzlerrunde, dann einen Tag darauf – und das ist heute, der Tag darauf – tagt der Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Und der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat das Recht – und die Fraktionen haben davon Gebrauch gemacht –, hier Anträge einzureichen. Wir haben einen Antrag abgestimmt, gemeinsam mit unserem Koalitionspartner und mit den LINKEN.

Und, meine Damen und Herren, wenn Sie glauben, dass das ein Treffen ist, wo Eierlikör getrunken wird, dann täuschen Sie sich. Natürlich kommen da die einzelnen Forderungen auf den Tisch, natürlich verhandeln wir miteinander, natürlich reden wir darüber, was der effektivste Weg für Mecklenburg-Vorpommern ist. Und am Ende gibt es einen Antrag, einen Antrag, auf den wir uns einigen. Und ich bin den beiden anderen Fraktionen im höchsten Maße dankbar, ich bin der CDU und der Fraktion DIE LINKE dankbar, dass wir es gemeinsam hinbekommen in dieser schweren Zeit, in dieser wirklich schweren Zeit, für dieses Land gemeinsam Anträge hinzukriegen und die Pandemie gemeinsam zu bekämpfen. Ein herzliches Dankeschön dafür!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Ich will aber noch mal von vorne anfangen, damit Sie es auch wirklich mitschreiben können: Also wir haben die Telefonschaltkonferenz der Fraktionsvorsitzenden, wir haben dann die Runde der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, wir haben am Tag darauf den Landtag, wo der Landtag der Regierung sagen kann, was der Landtag möchte. Und dann beruft die Ministerpräsidentin breit gesellschaftliche Kräfte in diesem Land ein. Das ist der MV-Gipfel. Und das sind keine vergnügungssteuerverpflichtigen Veranstaltungen, meine Damen und Herren. Das sind zum Teil Veranstaltungen, die in einer Videokonferenz über viele, viele, viele Stunden laufen, wo man gemeinsam miteinander festlegt, was in Mecklenburg-Vorpommern der wichtige, der richtige Weg ist, um aus der Pandemie zu kommen.

Und das, was wir eingebracht haben als Landtag Mecklenburg-Vorpommern, das steht als Überschrift immer über allem. Es hat mehrfach Situationen gegeben, da sind Vertreter von Gewerkschaften und Verbänden, Unternehmensverbänden gekommen und haben gesagt, wir wollen aber dieses und jenes. Da hat die Ministerpräsidentin gesagt, es geht nicht, weil der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat uns aufgegeben, da und da ist die Grenze oder da und da wollen wir hin. Das heißt, über allem steht dann der Beschluss, den der Landtag Mecklenburg-Vorpommern gefasst hat. Und nachdem der MV-Gipfel getagt hat, nachdem der MV-Gipfel seine Meinung kundgetan hat, kommt die Landesregierung zusammen. Und die Landesregierung beschließt dann den Plan, wie es hier weitergeht.

Das ist die Reihenfolge. Das ist ein zutiefst demokratisches Verfahren, was wir hier gewählt haben. Und die Äußerungen von Herrn Kramer kann ich nur in aller Form zurückweisen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, viele Menschen haben gehofft, dass die Runde der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten neben Kita und Schule und Friseure weitere Öffnungsschritte vorschlägt. Das ist die Wahrheit. Es ist aber so, dass vor dem Hintergrund der immer noch hohen Infektionszahlen und auch – und das gehört ja zur Wahrheit dazu –, auch vor dem Hintergrund der Mutation, die auch in Mecklenburg-Vorpommern schon aufgetreten ist, dies nicht geschehen ist.

Und ich kann nachvollziehen, dass Menschen darüber enttäuscht sind, Menschen, die unter den Einschränkun-

gen leiden, die Abstand halten, die ihre Firma nicht öffnen können, die nicht ins Büro gehen können, die ihren Sport nicht im Sportverein ausüben können, die Freunde und Verwandte nicht treffen können oder die sonstige Einschränkungen einfach in ihrem Leben haben. Die Zeit der Einschränkungen führt viele Menschen an den Rand der Erträglichkeit. Und das kann ich verstehen. Es bleibt aber so, dass sich das Virus nicht um unsere Gefühle schert und auch nicht darum, ob unsere Geschäfte laufen oder ob unsere Geschäfte nicht laufen. Ich werbe um Verständnis dafür, dass wir weiter runter müssen mit der Ansteckungsrate, dies auch vor dem Hintergrund der mutierenden Viren. Eine niedrige Infektionszahl ist die Voraussetzung für weitere Öffnungsschritte.

Dennoch gehen wir jetzt erste Schritte, wichtige Schritte, sehr wichtige Schritte. Wir wollen, dass Kinder wieder geregelt zur Schule und in die Kita gehen können. Gerade unsere Grundschüler – und Frau Kollegin Oldenburg hat das ja sehr plastisch dargestellt –, gerade unsere Grundschüler brauchen den direkten Kontakt mit der Lehrerin und dem Lehrer, aber natürlich auch mit ihren Mitschülerinnen und Mitschülern, das ist doch klar. Das Lernen im Distanzunterricht ist in den unteren Klassen nicht so möglich wie in den weiterführenden Schulen. Deswegen ist es richtig, dass unsere Grundschüler neben den Abschlussklassen zuerst in den regulären Unterricht zurückkehren. Das ist für die Kinder, aber auch für die Familien immens wichtig. Deshalb erfolgen hier auch, wenn die Inzidenzen das hergeben, die ersten Schritte, und das ist richtig so, und das ist gut so.

Und ja, auch die Friseurinnen bekommen die Möglichkeit, unter strengen Hygieneauflagen wieder zu arbeiten. Das ist etwas, was viele Menschen sich in unserem Land sehnlichst wünschen. Auch das hat letztlich etwas mit Wohlbefinden der Menschen zu tun.

Weitere Schritte werden folgen, wenn die landesweiten Inzidenzen runtergehen, möglichst unter 35 Infektionen je 100.000 Einwohner. Wenn wir uns wie bisher weiterentwickeln, ist diese Rate auch zu schaffen. Dazu bedarf es von uns allen Disziplin und hier und da sicher noch mehr Anstrengungen, Infektionen zu vermeiden. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Schutzmaßnahmen notwendig waren und auch weiterhin notwendig sind, denn ohne sie wäre die Zahl der Corona-Opfer bei uns im Land um ein Vielfaches höher.

Und, Herr Förster, Sie haben uns gerade vorgeworfen, dass wir die gefährdeten Gruppen nicht genug schützen würden. Gleichzeitig fordern Sie ja auf jeder Landtagssitzung die breite Öffnung der Gesellschaft. Eine solche Politik, wie Sie sie fordern, die breite Öffnung der Gesellschaft, die gibt es ja in anderen Ländern. Da reicht der Blick in die USA, Brasilien, nach Schweden, nach Großbritannien. In all diesen Ländern, in all diesen Ländern wurde eben nicht mit strengen Maßnahmen auf die Corona-Pandemie reagiert. Und wir haben ein strenges Hygienemanagement in den Heimen, und trotzdem stecken sich die Menschen an. Wenn wir aber Ihre Anträge nehmen, wo Sie sagen, dass zu besonderen Zeiten beispielsweise Ältere einkaufen gehen, heißt das, ohne Schutzmaßnahmen gehen die Infektionszahlen hoch,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

und selbst wenn Sie diese Maßnahmen, die Sie vorgeschlagen haben, machen, werden sich diese älteren

Menschen anstecken, weil im gesamten Umfeld die Infektionszahlen sehr viel höher sein werden. Wie viel höher, da will ich gerne darauf eingehen, weil wir haben das ja hier mehrfach am Beispiel von Schweden gemacht. Ich habe mir noch mal andere Sachen rausgesucht.

Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern sind bisher umgerechnet auf 1 Million Einwohner – wir sind ja 1,6 Millionen Einwohner, aber umgerechnet auf 1 Million Einwohner – 340 Menschen an Corona verstorben, jeder Einzelne ein ganz schlimmer Fall, jeder Einzelne eine Tragödie. 340 Menschen verstorben!

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Woher haben Sie denn die Zahlen?)

Meine Damen und Herren, wenn wir Brasilien uns nehmen –

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Sie wissen, dass in Brasilien nicht wirklich Schutzmaßnahmen getroffen worden sind –, da sind es auf 1 Million Einwohner nicht 340, es sind 1.100. Wenn wir uns Schweden vornehmen, da sind es nicht 340, da sind es 1.200. Wenn wir uns die USA vornehmen, dann sind es nicht 340 wie bei uns, sondern 1.400. Wenn wir uns Großbritannien vornehmen, sind es nicht 340 wie bei uns, sondern 1.600 verstorbene Menschen pro 1 Million Einwohner.

Meine Damen und Herren, das sind die nackten Zahlen, das sind die Konsequenzen daraus, wenn man das macht, was Sie uns hier sagen, was wir machen sollen, nämlich das breite Öffnen der Gesellschaft, eben nicht den Schutz der Gesellschaft, eben nicht die ganzen Maßnahmen rund um die Pandemie. Meine Damen und Herren, Corona ist eine gefährliche Infektionskrankheit und wir reagieren angemessen auf genau diese Gefahr!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Dieser Irrglaube, der da vorherrscht in den USA – herrschte, muss man ja inzwischen sagen –, in den USA, Brasilien oder in anderen Ländern, der ignoriert die Realität und hat zum Leid von Hunderttausenden Familien geführt. Dieses Leid, meine Damen und Herren, wollen wir bei uns möglichst verhindern. Deswegen sind die Einschränkungen weiterhin notwendig, auch wenn wir in den allermeisten Landkreisen einen erfreulichen Rückgang der Infektionszahlen haben. Vor Ort wurde gezeigt, wie man mit energischem und schnellem Handeln die Infektionszahlen in den Griff bekommen konnte.

Besonders hervorheben, meine Damen und Herren, möchte ich den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte.

(Heiterkeit und Zuruf
von Peter Ritter, DIE LINKE)

Hier gab es kurz nach Neujahr Inzidenzwerte von weit über 200, ich meine sogar 270, und ein diffuses Infektionsgeschehen mit vielen Ausbruchsherden und Infektionswegen, die nicht mehr nachvollzogen werden konnten. Landrat Kärger und seinem Stellvertreter Kai Seiferth ist es gemeinsam mit ihrem Team gelungen, durch konsequentes Handeln die Infektionslage in den Griff zu bekommen. Innerhalb von vier Wochen konnte der

Inzidenzwert auf ein Viertel reduziert werden. Dies zeigt, dass Maßnahmen wirken, wenn sie vor Ort konsequent umgesetzt und kontrolliert werden. Hierfür möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich danken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Franz-Robert Liskow, CDU)

Meine Damen und Herren, mit so einem entschlossenen Handeln konnte der Kollaps des Gesundheitssystems in unserem Land verhindert werden. Und in andere Länder mal geschaut, da kann man sich angucken, wie es aussieht. Portugal hat auf dramatische Weise gezeigt, wie schnell so ein Kollaps eines Gesundheitssystems kommen kann. Dort wurde innerhalb von wenigen Tagen eine Inzidenz von mehr als 600 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner erreicht. Die Krankenwagen mussten zum Teil einen ganzen Tag vor den Notaufnahmen warten, bevor sie ihre Patienten übergeben konnten. Eine solche Situation kann auch vor dem Hintergrund der mutierten Viren für Deutschland nicht gänzlich ausgeschlossen werden, nämlich wenn die Infektionszahlen unkontrolliert steigen und die Situation nicht mehr beherrschbar ist. Das ist der Grund, warum wir auch bei Öffnungen weiter vorsichtig bleiben müssen.

Und ja, meine Damen und Herren, Herr Waldmüller hat es angesprochen, das Impfen ist der Weg aus der Pandemie. Herr Waldmüller hat gerade deutlich gemacht, dass durch Geld alleine die Impfstoffproduktion nicht angekurbelt werden kann. Herr Waldmüller hat sicherlich recht, Geld alleine ist es nicht. Aber ich will doch schon darauf verweisen, dass die Impfstoffhersteller uns gesagt haben, und insbesondere BioNTech gesagt hat, dass, wenn die EU früher bestellt hätte, sie die Produktion auch früher hochgefahren hätten

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

und damit wir jetzt in einer anderen Situation gewesen wären. Ich finde, das gehört zur Wahrheit dann auch dazu.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, noch ist Deutschland und noch ist Mecklenburg-Vorpommern in einer schweren Krise, die bereits deutschlandweit über 63.000 Tote gefordert hat. 63.000 Menschen, meine Damen und Herren, das ist eine Stadt von der Größe Neubrandenburgs, immerhin die drittgrößte Stadt unseres Landes. Im Moment ist es so, dass Tausende Patienten in Deutschland auf den Intensivstationen um ihr Leben kämpfen, Zehntausende Familien trauern um ihre Angehörigen oder bängen um Familienmitglieder, die aktuell erkrankt sind und behandelt werden müssen. Meine Fraktion ist dankbar dafür, dass Bundespräsident Steinmeier am 18. April zu einer zentralen Gedenkfeier für die Opfer der Pandemie eingeladen hat. Der Bundespräsident sprach davon, dass er den Hinterbliebenen eine Stimme geben möchte. Das halte ich für richtig, das halte ich für wichtig, denn auch das ist ein für mich schrecklicher Teil dieser Pandemie, dass Trauern und Abschiednehmen eben nur im engsten Kreis der Familie möglich ist.

Meine Damen und Herren, ich habe bereits erwähnt, dass mehr als 600 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern an oder mit Covid-19 gestorben sind. Mehr als 70 Menschen

liegen momentan mit diesem Virus auf den Intensivstationen unseres Landes, sie kämpfen und bangen um ihr Leben. Wie viel Leid, wie viel Angst hinter diesen Zahlen stecken, können wahrscheinlich wohl zuallererst nur die engsten Angehörigen berichten. Welch ein Kontrastprogramm haben wir dagegen hier auf der letzten Landtagsitzung gehört von Herrn Lerche von der AfD, der seinerzeit zum Antrag der Fraktion DIE LINKE gesprochen hat. Er sagte, die Unternehmen sollen wieder geöffnet werden, und dann, Zitat: „Ja, es wird ein paar Infektionen mehr geben. Ja, einige Menschen werden vielleicht sterben.“ Zitatende. Und die AfD hat applaudiert.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Können Sie sich vorstellen, meine Herren von der AfD, wie sich jemand fühlt, dessen Angehöriger gerade in diesem Moment auf einer Intensivstation liegt und der das hört, was nicht klar ist, ob beispielsweise die Mutter oder der Vater, der da liegt, je wieder gesund wird, wie sich Menschen fühlen, die gerade einen engen Verwandten verloren haben, und die AfD klatscht Beifall, wenn Herr Lerche sagt, dass die Unternehmen öffnen sollen und, Zitat, „Ja, einige Menschen werden vielleicht sterben“?!

Meine Damen und Herren, das letzte Mal, dass hier über das Sterben und Leid von Menschen so ignorant und menschenverachtend gesprochen worden ist, saß hier im Landtag die NPD. Wer so ignorant über das Leid Tausender Corona-Opfer spricht, hat aus meiner Sicht und aus Sicht meiner Fraktion jeden moralischen Anspruch verloren, im Namen der Menschen dieses Landes zu sprechen. Ihnen, meine Herren,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Ihnen, meine Herren von der AfD, scheint das Schicksal dieser Menschen völlig egal zu sein. Ihnen ist auch egal,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

welche Konsequenzen Ihre Forderungen nach der Rücknahme der Corona-Schutzmaßnahmen für unser Gesundheitssystem bedeuten würden. Für meine Fraktion ist klar, wer sich so menschenverachtend verhält, der kann und darf niemals Verantwortung für dieses Land tragen. Und Sie können sich darauf verlassen, wir werden mit allen demokratischen Mitteln genau das durchsetzen. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Förster.

(Der Abgeordnete Horst Förster wendet sich an das Präsidium. – Vizepräsidentin Beate Schlupp spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke übernimmt den Vorsitz.)

Bis auf die letzten Worte von Herrn Krüger wollte ich hier eigentlich anfangen und sagen, also mit Genugtuung feststellen, dass es insgesamt eine sachliche Aussprache war und solche Anwürfe,

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und Martina Tegtmeier, SPD)

solche Anwürfe, dass uns das Schicksal egal sei, dass die nicht gekommen sind. Aber, Herr Krüger, es war ja eigentlich vorauszusehen, dass Sie das doch instrumentalisieren würden, dass Sie Aussagen aus dem Zusammenhang reißen und natürlich auch den,

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

die Linie noch hinkriegen zur NPD. Sie haben es geschafft.

(Christoph Grimm, AfD: Pfui!)

Im Grunde sind Sie es, die sich vorhalten müssen, dass Sie mit den Opfern hier, dass Sie diese Opfer instrumentalisieren, um Ihren Alleinvertretungsanspruch,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

demokratisch zu sein, hier durchzusetzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und im Grunde ging es ja auch schon los, das muss man auch mit Klartext sagen, als die Ministerpräsidentin, jedenfalls bei ihren ersten Sätzen, einfürend mal wieder ganz subtil von den „demokratischen Parteien hier im Landtag“ sprach, und das war ganz klar bezogen auf die hoch demokratisch, auch in der Vergangenheit ja höchst demokratische LINKE, die SPD, die mal früher von Ihnen dort als „Sozialfaschisten“ beschimpft wurden, und die CDU. Und die macht auch fleißig mit auf dieser Linie. Nein, das ist im Grunde aus meiner Sicht abscheulich, ich will das ganz klar sagen.

Ich hatte mir aber vorgenommen, im Grunde noch mal auf einige Punkte ganz sachlich einzugehen. Herr Krüger, einmal diese Vergleiche auch mit Schweden und allem Drum und Dran, ich kann die Zahlen jetzt nicht nachvollziehen, nur, die Vergleiche bringen im Grunde überhaupt nichts, denn es gibt auch Studien, auch von der WHO veröffentlicht, von Ioannidis –

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Sie wissen, einer der bekanntesten, weltweit anerkannten Wissenschaftler –, die nachweisen, dass Lockdowns relativ wenig bringen und insbesondere im Verhältnis der immer großen Schäden, die überall festzustellen sind, sehr fragwürdig sind. Und es gibt Länder, die Lockdowns ohne Ende haben und haben trotzdem sehr hohe Zahlen. Also diese Vergleiche sind immer sehr schwierig und ich glaube, mein Kollege Jess hat, Dr. Jess hat es schon mal gesagt, auch in Bezug auf Schweden, wenn man das schon so sieht, dann wird am Ende abgerechnet. Die Vergleiche sind auch deshalb schwierig, weil eben die Todeszahlen im Vergleich zur Bevölkerung ein Punkt sind. Es kommt aber vieles andere dazu,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

insbesondere die medizinische Versorgung und vieles mehr und wie auch die Bevölkerung gestrickt ist und im Übrigen sich verhält. Das ist ja bei den Schweden möglicherweise etwas anders als bei uns. Also das bringt nicht sehr viel.

Im Grunde haben Sie heute alle um das eigentliche Problem herumgeredet. Frau Oldenburg hat also sehr überzeugend die negativen Folgen insbesondere für Kinder und in nicht so gut betuchten Familien hier dargelegt, aber ich habe mich natürlich gefragt, wie die Rede zu Ihrem Antrag passt.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
So wie die Faust aufs Auge.)

Aber eins,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

auf das Kernproblem sind Sie nicht eingegangen. Das Kernproblem ist und bleibt die Verhältnismäßigkeit. Ich – im Gegensatz zu Ihnen – unterstelle ja keinem hier, dass Ihnen das Leben der von Covid-19 Betroffenen egal ist. Es geht immer um die Verhältnismäßigkeit. Das ist der Punkt, und dem weichen Sie ständig aus. Ich habe schon sehr früh gesagt – und da befinde ich mich ja in guter Gesellschaft an der Stelle mit dem Bundestagspräsidenten Schäuble –, es gibt keinen Schutz, keinen Lebensschutz um jeden Preis, denn dann dürften Sie auf der Autobahn nicht zulassen, dass man mit 200 und noch mehr da fahren kann, dann gäbe es keine ungesicherten Schulwege und dann gäbe es zum Beispiel eine Helmpflicht für Kinder, die es auch noch nicht gibt, und dann würde man vielleicht in den Ortschaften nur 30 fahren dürfen. Also an vielen, vielen Ecken in unserem Leben lassen wir Gefahren zu und wissen, das hat auch tödliche Folgen.

Und genauso ist es hier. Diese Krankheit, jede Krankheit – und wie jede Grippe so auch erst recht Covid-19 – fordert Opfer und insbesondere bei den Älteren. Auch das ist völlig unbestritten. Ich bin doch,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

ich bin doch nicht der Erste, der hier genau darauf hinweist, dass die Älteren nicht hinreichend geschützt worden sind. Unser Kerngedanke, primär die vulnerablen Gruppen zu schützen, das ist ja nicht bedacht worden, nicht umgesetzt worden.

(Thomas Krüger, SPD: Falsch!)

Wann sind denn die Schnelltests bestellt worden? Wann sind denn die Konzepte entwickelt worden, um gerade diese Gruppen zu schützen? Wie kommt es denn, wie wollen Sie denn erklären und rechtfertigen, dass gerade in letzter Zeit diese Ausbrüche in den Heimen waren und dort viele Opfer zu beklagen sind? Es ist nun mal das Problem dieser Pandemie, dass es gerade die Älteren trifft, und dort ist in gewisser Weise versagt worden. Das drücken Sie einfach zur Seite.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Diese Verhältnismäßigkeit ist das A und O, und da sagen wir eben – und wir befinden uns da auch sehr gut, in sehr

guter Gesellschaft, insbesondere auch bei Professor Stöhr und vielen anderen –, dass, wenn man das abwägt, die Schulen nicht hätten dichtgemacht werden dürfen. Und es gab ja auch Stimmen nach dem ersten Lockdown, auch von denen, die jetzt wieder ganz aktiv sind mit ihrem Lockdown, dass man aus diesen Fehlern gelernt hätte, und es darf keine Schulschließungen mehr geben. Und dann hat es sie doch gegeben. Und wir meinen eben – und nochmals, dafür gibt es auch wissenschaftliche,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

wissenschaftliche,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

oder Experten, die genau das auch sagen –, es hätte keine Schulschließungen, keine Kitaschließungen geben dürfen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

in der Abwägung dessen, was man dort anrichtet. Das ist nicht wiedergutzumachen. Das ist ein ganzes verlorenes Jahr. Wie wollen Sie das ausgleichen? Und nochmals, für ein Kind, für ein kleines Kind, ist ein Jahr was ganz anderes als für Sie, Herr Waldmüller. Das ist untergegangen bei dem Ganzen.

Und wenn jetzt die Ministerpräsidentin sagt bei der Verhältnismäßigkeit, die regionale Betrachtungsweise, auch da habe ich noch sehr gut in Erinnerung, dass das erst mal ein Lernprozess war. Wir haben das schon im ersten Ausschuss, weiß ich ganz genau, gesagt, es kommt aus Rechtsgründen bei den Grundrechtseingriffen darauf an, dass sie rechtmäßig, notwendig, sie müssen notwendig sein, sie müssen verhältnismäßig sein. Und bei der Verhältnismäßigkeit kommt es natürlich darauf an, ob ich in einem dünn besiedelten Land lebe oder Regionen habe mit Innenstädten wie Köln, Berlin, Leipzig und sonst was. Das war hier erst mal ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter!

Horst Förster, AfD: ... ein Lernprozess gewesen.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, einen Moment! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ritter?

Horst Förster, AfD: Später, bitte!

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Bitte?

Horst Förster, AfD: Später! Jetzt nicht.

So, also die Verhältnismäßigkeit, insbesondere die regionale Betrachtung, da haben wir von Anfang an darauf hingewiesen. Und es ist ja auch widersprüchlich, wenn die Ministerpräsidentin heute sagt, an der Stelle habe sie sich durchgesetzt – Föderalismus, Kultur, ist ja auch die These der Kanzlerin, die ja da nachgegeben hat, regionale Betrachtung. Ja, die ist vollkommen richtig, aber in der Logik gilt diese regionale Betrachtung nicht nur für die Maßnahmen an Schulen, die ist überall anzuwenden. Die gilt auch für die anderen Bereiche.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Nochmals, es wird ja teilweise auch begründet, die Geschäfte seien geschlossen gar nicht um der Geschäfte willen, der Kontakte dort, sondern – die Begründung habe ich auch gehört – um die Anhäufung von Menschen in Innenstädten zu verhindern. Dort seien die Gefahren. Das greife ich mal auf: Wo sind die großen Innenstädte in diesem Lande? Sie können sie an einer halben Hand abzählen. Also wir sind in einer völlig anderen Situation. Das, was Sie in anderen Ländern, Bundesländern, mühsam bewirken müssen, dass nicht so viele Menschen zueinanderkommen wie – nochmals – in Köln, Leipzig oder München, das ist hier permanent da. Wir sind ausgedünnt. Gehen Sie mal hier irgendwo auf die Straße bei diesem Wetter! Meistens laufen Sie doch alleine rum!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Das ist ein ganz großer Unterschied. Also die regionale Betrachtung, nochmals, wenn, dann gilt sie für alle Maßnahmen. Dann kann man sich das nicht aussuchen und sagen, es gilt nur für den Schulbereich.

Und dann haben Sie jetzt die Mutanten angeführt. Also diesen Mut möchte ich mal haben! Sie bleiben bei Ihrer Lockdown-Theorie, wo ich also nochmals ganz klar sage, sie ist strukturell ein Wiederholungsmodell, das hat keiner bis jetzt widerlegt, wir sehen es ja auch, es ist ja ein Wiederholungsmodell, weil Sie ja keine Strategie betreiben, dass im Grunde das Leben – jedenfalls weithin – am Funktionieren bleibt, sondern Sie nehmen ja für den Schutz der vulnerablen, der gefährdeten Risikogruppen, nehmen Sie ja in Kauf, im Grunde die Gesamtbevölkerung in Haft zu nehmen. Und da bleiben Sie ja auch. Und jetzt kommen Sie mit den Mutanten, so als Hilferwägung, wobei auch völlig klar ist,

(Thomas Krüger, SPD: Sie tun so, als wenn Sie alles wissen würden!)

dass bisher es keine Nachweise gibt, dass die wirklich viel gefährlicher sind. Es ist eine Verdachtsdiagnose zurzeit.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wenn die aber stimmt – und jetzt greife ich das auf, was Sie sagen –, wenn das stimmt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oh, was für ein Pseudointellektueller!)

dass diese Mutanten wesentlich gefährlicher sind und dass noch gar nicht feststeht, ob der Impfstoff wirkt, auch das sagen Sie alle, dann erklären Sie mir mal, wie Sie ohne Lockdown und weiteren Lockdown damit fertigwerden wollen! Da sage ich Ihnen – und da können Sie mit dem Kopf schütteln, wie Sie wollen, Herr Barlen –, bei Ihrer Lockdown-Theorie heißt das nichts anderes, als dass möglicherweise über Jahre Ihnen nichts anderes einfällt, als von einem Lockdown in den anderen zu fallen. Denn wie kommen Sie sonst mit den Mutationen zurecht, wenn es dagegen keinen Impfstoff gibt?

Und das ist ja immer eine Rechnung per Blankoscheck.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Die Ministerpräsidentin hat in der Hoffnung, dass es einen Impfstoff gibt, von vornherein darauf gesetzt. Und da hat sie ja auch Fortune, es sieht ja so aus, dass der Impfstoff das hält, was er verspricht. Da freuen wir uns alle drüber. Und nun haben wir die Mutanten, jetzt wissen wir nicht, ob der hilft. Ja, wie wollen Sie aber mit Ihrem Lockdown dann auf die Mutanten reagieren? Dann ist doch jetzt schon voraussehbar, ob 35, 50 oder sonst was, dass diese Mutanten, die malen Sie ja, die Mutanten werden ja an die Wand gemalt als ganz schlimme Pandemietreiber, wie wollen Sie denn mit denen fertig werden mit der bisherigen Strategie? Da bleibt Ihnen doch gar nichts anderes übrig, als dann wieder den nächsten Lockdown auszurufen!

Und dann noch eins,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Noch eins!)

am Schluss wollte ich da noch mal kurz drauf zu sprechen kommen, nämlich die Schadensausgleichsphilosophie. Sie merken doch inzwischen alle, und das haben wir ja bei den Erörterungen über den Haushalt ja auch erlebt, dass da irgendwo Grenzen gesetzt sind. Erstens kann man nicht alles gutmachen, viele sind bis dahin ganz pleite und psychische Schäden können Sie auch nicht mit Geld ausgleichen, aber dass dieser Staat irgendwann überfordert ist, wenn er den Menschen überall einen Ausgleich zahlen will, die jetzt auf der Strecke bleiben, dann wissen Sie doch, dass wir jetzt schon den Zustand haben, in eine Verschuldung reinzugeraten, die einfach nicht mehr tragbar ist, nicht vertretbar ist.

Und liegt es denn so fern, dass Sie – das haben wir nun beim Haushalt erlebt, ich meine, der Rechnungshof spricht ja nicht umsonst schon von einem Schattenhaushalt –, Sie haben doch vor allem den September im Auge. Da retten Sie sich durch mit Ihren ganzen Hilfen und was Sie da alles noch so produzieren. Ob das bezahlbar ist, ob das vertretbar ist und wer das alles mal bezahlen soll und dass das auf Kosten der künftigen Generationen geht, das wird alles ausgeblendet. Das wird erst in 2022 richtig auf den Tisch gelegt. Und das ist Ihre Strategie, bis dahin durchzuhalten.

Also ich wiederhole noch mal: Die Logik des Lockdowns sollten Sie ernsthaft überdenken und es gibt ja genug Leute von der Wissenschaftsseite, die genau das, diese These auch vertreten, dass das kein dauerhaft taugliches Instrument ist. Das müssten Sie eigentlich begriffen haben. Nur, wenn Sie das begreifen würden und zugeben würden, dann würden Sie das ja wahrscheinlich als ein gewisses Versagen empfinden. Wissen Sie, im Zugeben von Fehlern steckt Größe, und die haben Sie offensichtlich nicht. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, einen Moment bitte! Zu Ihrem Beitrag ist eine Kurzintervention des Abgeordneten Ritter angemeldet.

Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, schönen Dank, Frau Präsidentin!

Eine Zwischenfrage heißt Zwischenfrage, weil man sie dazwischen stellen kann. Die haben Sie nicht zugelassen, deswegen nutze ich das Instrument der Kurzintervention.

Sie haben die Problematik der Schulschließungen und -öffnungen vehement beklagt und dargestellt, dass die Schulschließung ein Fehler war. Ich will an dieser Stelle dann doch noch mal dran erinnern, dass es die Kreisfraktion der AfD im Kreistag Mecklenburgische Seenplatte, der Sie angehören, war, die im März des vergangenen Jahres vehement Schulschließungen gefordert hat.

(Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD: Ah!)

Das nur noch mal so zur Erinnerung! Das zeigt, dass Sie zwar oft viel und gern hier reden, aber offenbar am Abend nicht mehr wissen, was Sie am Morgen gesagt haben. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Horst Förster, AfD: Ja, gerne.

Ja, Herr Ritter, Sie wissen, ich sitze auch im Kreistag MSE, und das war dann im März letzten Jahres, vor einem Jahr. Ich halte das für falsch, ich habe das damals auch nicht mitvertreten.

(Thomas Krüger, SPD: Ach so!)

Aber im Gegensatz zu Ihnen

(Thomas Krüger, SPD: Aha!)

habe ich dazugelernt, wir sind heute schlauer. Und wenn in einem Kreistag diese These vertreten wird, dann wollen Sie das heute uns hier vorhalten. Gut, so was kommt bei uns vor, dass wir verschiedener Meinung sind.

(Der Abgeordnete Peter Ritter
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Aber das ist doch, aber ich dachte, Sie wollten rechtfertigen, dass diese Schulschließungen durchgeführt wurden und dass sie weiterhin andauern bis jetzt. Das wäre Ihre Aufgabe gewesen. Das haben Sie in keiner Weise gerechtfertigt. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE auf Drucksache 7/5813. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön! Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE auf Drucksache 7/5813 bei Zustimmung durch die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und der fraktionslosen Abgeordneten und Gegenstimmen der Fraktion der AfD angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5814. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön! Gegenprobe. – Danke schön!

Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5814 bei Zustimmung durch die Fraktion der AfD, Stimmenthaltung der fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Ablehnung der anderen Fraktionen abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU, SPD und DIE LINKE – Feststellung gemäß Paragraf 71 Absatz 5 Satz 1 Landes- und Kommunalwahlgesetz, auf Drucksache 7/5811.

**Antrag der Fraktionen
der CDU, SPD und DIE LINKE
Feststellung gemäß § 71 Absatz 5 Satz 1
Landes- und Kommunalwahlgesetz
– Drucksache 7/5811 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Reinhardt.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Januar haben wir das Fünfte Gesetz zur Änderung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes beschlossen. Mit der Änderung kann bei einer Naturkatastrophe oder einem Ereignis höherer Gewalt wie der Corona-Pandemie mit Zustimmung des Landtages von der gesetzlichen Bestimmung abgewichen werden. Das Innenministerium kann in diesem Fall ermächtigt werden, durch Rechtsverordnung Regelungen zu treffen, um die Vorbereitung und Durchführung einer Wahl zu ermöglichen. In dieser Situation sind wir gerade und es besteht daher auch Dringlichkeit unseres gemeinsamen Antrages.

Die Inzidenzwerte fallen im Moment, die Zahlen der registrierten Corona-Infektionen gehen zurück. Das ist ein gutes Zeichen, aber für die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen sind diese Werte bei Weitem nicht ausreichend. Das betrifft besonders die Aufstellung von Wahlbewerbern, die Anforderungen an Unterstützungsunterschriften, die Abgabe der Stimme in Wahlräumen und auch die Durchführung von Briefwahlen. Die Corona-Pandemie besteht weiterhin und damit auch die Notwendigkeit der Einschränkungen, mit denen wir derzeit leben.

Das hat Einfluss auf die kommunalen Wahlen in den nächsten Wochen und Monaten, also auf Bürgermeisterwahlen oder auch auf die Landratswahl im Landkreis Nordwest-Mecklenburg. Deshalb liegt Ihnen heute der Feststellungsbeschluss vor, nach dem mit Verordnung des Innenministeriums die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen ermöglicht werden kann. Und wenn der Entwurf der Verordnung vorliegt, brauchen wir natürlich erneut hier im Landtag die Zustimmung. So haben wir das in dem beim letzten Landtag verabschiedeten Gesetz beschlossen.

Da nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden kann, wie lange die epidemische Lage noch anhalten wird, ist die Feststellung im heutigen Beschluss begrenzt bis zum 30. Juni 2021. Der Landtag hat selbstverständlich danach die Möglichkeit, eine neue Feststellung zu treffen, wenn dies notwendig sein sollte. Ich bitte daher um Zustimmung, damit die demnächst anstehenden Wahlen ordnungsgemäß vorbereitet und durchgeführt werden können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der
SPD, CDU und Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Unsere Geschäftsordnung sieht eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 55 Minuten vor. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und wir verfahren so. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Fraktion der AfD hat das Wort der Abgeordnete Schneider.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Jens-Holger Schneider, AfD: Liebe Landsleute! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktionen der Regierungskoalition und mit ihnen die lediglich noch de jure oppositionelle Fraktion DIE LINKE

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Oh!)

wollen gemäß

(Thomas Krüger, SPD:
Da haben wir es wieder!)

des im Januar beschlossenen Fünften Gesetzes

(Thomas Krüger, SPD:
Das ist also Ihre Demokratie!)

zur Änderung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes

(Thomas Krüger, SPD: Nur wenn Sie
bestimmen können, ist es demokratisch!)

vom Landtag festgestellt wissen,

(Thomas Krüger, SPD: Alles klar! –
Zuruf aus dem Plenum: Sie bestimmen
das doch, Herr Krüger!)

dass wegen fortdauernder Naturkatastrophe und epidemischer Lage von nationaler Tragweite die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen bis zum 30. Juni 2021 teilweise unmöglich ist. Das legen Sie uns heute vor, wohl gemerkt vor dem Hintergrund sinkender Zahlen. Laut LAGuS gestern hatten wir einen Inzidenzwert in M-V von 70,7, die Zahlen gehen weiter runter. Ganz aktuell wird bei n-tv gemeldet, Corona ist weltweit auf dem Rückzug, deutlicher Rückgang zur Vorwoche, zum vierten Mal in Folge, ein ganz natürlicher Verlauf einer pandemischen Lage.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Die Impfkampagne stockt, da gibt es kein Fortkommen,

(Stephan J. Reuken, AfD:
Die Pandemie ist im März vorbei.
Herr Waldmüller hat es eben gesagt.)

Sie wollen es einfach nicht hören.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Sie haben, Herr Waldmüller, die Pandemie im März für erledigt erklärt. Sie haben das Jahr weggelassen, das

war sehr geschickt. Aber im März, nach der sollte, nach Ihrer Logik, Mitte März das alles erledigt sein.

Mittlerweile haben Sie dafür auch den Entwurf einer Verordnung zur Pandemie und Durchführung von Wahlen während einer sogenannten Pandemielage in Umlauf gebracht. Dieses Begehren der Regierungsparteien und der LINKEN, wie meist vereint in einer Art Blockparteiverbund, offenbart, was die AfD-Fraktion lange befürchtete

(Thomas Krüger, SPD: Das hat
die NPD auch immer gesagt.)

und jetzt eingetreten ist.

Und dieses dumme Gewäsch, Herr Krüger, können Sie sich sparen. Das wird langweilig,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

das nervt nur noch.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter!

Jens-Holger Schneider, AfD: Lassen Sie es einfach mal sein!

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, einen Moment bitte! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Fraktionsvorsitzenden der CDU Herrn Waldmüller?

Jens-Holger Schneider, AfD: Ja, von mir aus.

(Jochen Schulte, SPD:
Sie können ihn ja erst mal fragen,
ob er noch alle Tassen im Schrank hat! –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Habe ich, Herr Schulte, habe ich. Und was war das, unparlamentarisch, oder wollen wir das jetzt hier rauspacken? Genau diese Art und Weise! Da kann ich auch Sie fragen, ob Sie noch alle Tassen im Schrank haben.

(allgemeine Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, jetzt hat der Zwischenfrager das Wort.

Bitte schön, Herr Waldmüller!

Jens-Holger Schneider, AfD: Wir können uns auf so ein Niveau begeben.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Herr Schneider, Sie haben mich zitiert und haben gesagt, da ist alles vorbei. Sie legen sich das auch so aus, wie Sie es gerne haben wollen. Ich habe das gesagt, ja, ...

Jens-Holger Schneider, AfD: So, wie Sie es gesagt haben!

Wolfgang Waldmüller, CDU: ... gemeint war aber selbstverständlich, dass wir dort dann mit dem Öffnen beginnen können, und diese Zeit ist auch aus der Argumentation herausgekommen. Macht es Ihnen Spaß, so Missinterpretationen zu machen,

(Stephan J. Reuken, AfD:
Fragen Sie doch mal Herrn Krüger!)

damit man andere diskreditiert?

Jens-Holger Schneider, AfD: Eben! Selbstverständlich ...

Wolfgang Waldmüller, CDU: Bitte?

(Stephan J. Reuken, AfD: Besprechen
Sie das nicht im Koalitionsausschuss?)

Jens-Holger Schneider, AfD: Genau.

Selbstverständlich nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was soll
das denn? Was ist denn los?)

Und, Herr Waldmüller, wie war das mit dem „Spiegel
vorhalten“? Sie picken sich doch auch raus, was Ihnen in
den Kram passt!

(Stephan J. Reuken, AfD: Dafür
steht er auf und stellt sich da hin!)

Tun Sie doch nicht so! Sie haben es gesagt, Sie haben
sich hier hingestellt, wir können es im Protokoll nachle-
sen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oh!)

Sie picken sich das bei Gelegenheit raus, wie es Ihnen
passt, und wir sollen das nicht machen? Ja, wir können
uns, wir sind natürlich die Besseren und können das
zukünftig unterlassen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie wollen
doch die Alternative sein!)

aber Führen durch Vorbild, Herr Waldmüller! Fangen Sie
bei sich an, dann hören wir damit auch auf. Sehr gerne!

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Beifall Stephan J. Reuken, AfD –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Also, ich würde gerne fortfahren, vielen Dank!

Mit der Pandemiekeule wird das Fundament der Demo-
kratie beschädigt. Wer Entscheidungsprozesse schon in
ihrem Ausgangspunkt als Grundrecht des Souveräns
infrage stellt, greift an die Wurzel unseres politischen
Selbstverständnisses. Man denke und stelle sich vor, wir
als AfD wären mit so einem Antrag um die Ecke gekom-
men,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jawoll!)

was dann für ein Gejaule und Gequietsche gewesen
wäre! Nein, Sie kommen damit um die Ecke.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie greifen an die Wurzel unseres politischen Selbstver-
ständnisses! Wahlen bilden schlechthin die Basis unse-
res freiheitlichen Gemeinwesens, und dies im entschei-
denden Wahljahr 2021, mit den Bürgermeister-, Land-
rats-, Landtags- und Bundestagswahlen!

(Thomas Krüger, SPD: Sehen wir mal,
wo Sie dann stehen werden!)

Bevor Sie sich hier aufregen ...

Das sehen wir dann, Herr Krüger!

(Stephan J. Reuken, AfD:
Hochmut kommt vor dem Fall!)

Die Menschen und Wähler sind klüger, als es ihnen zu-
getraut wird. Und Sie revidieren Ihre Politik nur deshalb,
weil Ihre Zustimmungswerte zu dieser unsinnigen Corona-
Lockdownpolitik,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ha, ha!)

die sinken,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ha, ha!)

und die Widerstandswerte, die Kurve nähert sich an.
Achten Sie mal auf die Berichterstattung im öffentlich-
rechtlichen Rundfunk, Herr Krüger! Es geht ..., ne, auf
Grundeis, wie es so schön heißt.

Bevor Sie sich hier aufregen: Wir sehen wohl, dass in
Ihrem nachgereichten Verordnungsentwurf allerlei Fristen
und Versicherungen eingebaut sind,

(allgemeine Unruhe)

die es noch möglich erscheinen lassen,

(Glocke der Vizepräsidentin)

eine normale Wahl durchzuführen, so, wie man sie ge-
wohnt ist und wie sie allein den Namen „Wahl“ verdient.
Aber die Tendenz ist klar: Sie revidieren wesentlich das
Wahlrecht. Wer nämlich so substanzielle Veränderungen
begehrt, greift in das innere Betriebssystem der Demo-
kratie ein. In einem volkstümlicheren Gleichnis: Hier
handelt es sich um eine höchst riskante Operation am
offenen Herzen. Die Koalitionsparteien berufen sich da-
bei auf einen Autoritätsbeweis. Es bestünde weiterhin
eine Naturkatastrophe, wir befänden uns in einer Pan-
demielage. Das festzustellen und daraus so gravierende,
an sich grundstürzende Konsequenzen abzuleiten, dafür
gäbe es ja nun glücklicherweise das von Ihnen hier
durchgesetzte Fünfte Gesetz zur Änderung des Landes-
und Kommunalwahlgesetzes.

Außerdem stünde der Bundestag mit einer Beschluss-
empfehlung seines Gesundheitsausschusses dahinter.
Wer also, so Ihre Geste, wolle etwas dagegen haben?
Das heißt, wer wolle denn etwas dagegen einwenden,
dass eine Pandemielage im Sinne einer Naturkatastro-
phe besteht? Intendiert ist, dagegen darf man nichts
haben, dagegen hat man nichts zu haben. Das ist sakro-
sankt, so, wie man etwa nichts gegen den Frieden, ge-
gen die Menschenrechte, gegen Solidarität, Mitmensch-
lichkeit und Gerechtigkeit haben darf. Ja, so hoch wird
das durchaus gehängt, wenn die Koalitionsparteien ein-
vernehmlich mit der ihnen kooptierten LINKEN dekretie-
ren, wir müssen die Vorbereitung und Durchführung der
Wahlen infrage stellen, also das Herzstück, die Grundlage
der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zu deren
Schutz wir andererseits aufgerufen sind, aber das ist
notwendig, weil eine Pandemielage besteht. Wir schrau-

ben hier zwar an einem Grundrecht, ja sogar an einem sehr wesentlichen, aber wir sind dazu ja verpflichtet, weil wir euch, die Wähler, ganz landesmütterlich, also in einer Art matriarchalischem Verfahren, vor Krankheit und Tod zu schützen haben. Ihr könnt zwar beim Discounter täglich in der Schlange an der Kasse warten und in Bussen und Straßenbahnen sitzen, aber um Gottes willen nicht vorm Wahllokal anstehen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren von den Regierungsparteien ...

(Zuruf aus dem Plenum:
Und arbeiten gehen, das geht auch.)

Und arbeiten gehen dürfen wir auch noch, genau, die, die es jedenfalls dürfen.

... und der Ihnen zugeordneten LINKEN, ich möchte Sie fragen, ob Ihnen bewusst ist, was Sie hier begehren, und ob Sie nicht spätestens jetzt das schlechte Gewissen beschleicht. Sie könnten in Ihrer Politik des Ausnahmezustandes endgültig jedes gerade noch vertretbare Maß verlieren und das gefährden, was wir alle doch offenbar zu selbstverständlich für das Zentrum nicht nur des Bundeslandes, sondern der ganzen Bundesrepublik gehalten haben, nämlich das unveräußerliche Grundrecht des Volkes, also des Souveräns, mit seiner Wahlentscheidung die repräsentative Demokratie überhaupt von unten auf zu gründen.

Sie werden jetzt sagen, aber wir ermöglichen durch unsere Änderungen doch gerade die Wahlen in einer angeblichen Katastrophenlage. Akzeptiert! Nur, ist das noch eine Wahl in dem Sinne, wie wir Wahlen bisher verstanden? Nie und nirgendwo war das Wahlrecht in der Bundesrepublik in seinem Grundbestand je so infrage gestellt. Und Sie kommen jetzt mit so einem Antrag, unterscheiden in Ihrer Begründung nicht zwischen Legalität und Moralität, sondern berufen sich rein legalistisch allein auf die Gesetzeslage, deuten gleich noch auf den Bundestag und meinen, wenn es legal ist, dann betreiben wir jetzt eine Generalrevision des bisherigen Wahlrechts. Und wer etwas dagegen hat, der sei auf die Naturkatastrophe, der sei auf die Pandemielage verwiesen, denn dagegen darf sich ja niemand argumentativ aus der Deckung wagen, weil ihm sogleich vorzuwerfen ist, er gefährde Leib, Leben und Gesundheit der wahlberechtigten Bürger.

Es gibt eine neue Zahl. Auf Bundesebene gibt es derzeit 159.300 aktive Corona-Fälle. Das sind 0,19 Prozent der Gesamtbevölkerung. Im Umkehrschluss hieße das, 99,81 Prozent sind nicht betroffen. Das können Sie mir gerne nachher mal argumentativ widerlegen.

Entscheidende Grundrechte sind bereits eingeschränkt. Diese Einschränkungen werden von Kanzlerinschalte zu Kanzlerinschalte, also von einem Lockdown in den nächsten, aufrechterhalten, sodass sie quasi gewohnheitsrechtlich weiter außer Kraft sind. Und jetzt werden sicherheitshalber – vermeintlich zum Wohlergehen aller und, ja, zur Sicherung ihres Überlebens – noch die Vorbereitung und die Durchführung der Wahlen infrage gestellt. Das grenzt zwar die Souveränität des Souveräns weiter ein, aber solange wir noch exekutiv durchregieren können, erleichtert das unsere Regierungsgeschäfte, für die die LINKEN der mittlerweile verlässlichste Bündnis-

partner sind. Ich hoffe nur, dass die Bürger realisieren, was Sie sich anzugreifen wagen: das Entscheidungsrecht der Mitbestimmung nämlich, dasjenige, was einen demokratisch legitimierten Staat von einer Herrschaft des Unrechts unterscheidet.

Eine Ironie der Geschichte: Während Sie uns stets das verkappte Ansinnen unterstellen, den Staat in Richtung autoritärer Herrschaft umzubauen, betreiben Sie den Umbau des Wahlrechts, während wir diejenigen sind, die klassische freiheitliche und demokratische Prinzipien zu hüten versuchen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Was Ihrem gestern dann noch nachgereichten Entwurf zu einer Verordnung zur Vorbereitung ...

Und das war es noch lange nicht, Herr Waldmüller!

... und Durchführung von Wahlen während der SARS-CoV-2-Pandemie betrifft, so dazu nur kurz: Sie schlagen eine Reduzierung der Unterstützungsunterschriften vor, setzen mit dem Inzidenzwert von 150 willkürlich einen Indikator, an dem sich zu entscheiden hat, ob konventionelle Wahlen redlichen Verlaufs noch möglich sind oder eben nicht, und eröffnen im Extremfall den Weg zur Briefwahl, die letztendlich keine echte Urwahl mehr ist. Ein Inzidenzwert von 150 ist an sich keiner, der Wahlakte normalen Hergangs verhindern muss. Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen im November bei 150 Millionen teilnehmenden Wahlberechtigten fanden etwa bei deutlich höheren Inzidenzen als in Mecklenburg-Vorpommern statt.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und die Leute standen Schlange, Herr Krüger. Und wenn ein urdemokratisches Gemeinwesen wie die Vereinigten Staaten

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

sich ihr Wahlrecht von einem Virus nicht mal antasten lassen, dann sollte ein Flächenland wie das unsere etwas mehr Courage dem Souverän gegenüber zeigen. Und es gibt keinerlei Untersuchungen, keinerlei wissenschaftliche Studien, die belegen, dass sich Leute in Wahllokalen signifikant höher angesteckt hätten, Herr Krüger. Da zeigen Sie mir gern auch mal das Gegenteil! Auf den Beweis bin ich gespannt!

Unser eigener AfD-Bundesparteitag von Ende November in Kalkar, an dem über 600 Delegierte teilnahmen, löste nach meinem Wissen nirgendwo ein sogenanntes Hotspotereignis aus, wenn es überhaupt zu einem Infektionsergebnis kam. Auch da bleiben Sie den Beweis des Gegenteils schuldig.

(Thomas Krüger, SPD:
Hat doch keiner behauptet.)

Sehen Sie! 600 Leute treffen sich unter Beachtung der Hygienemaßnahmen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und da sollen Wahlen nicht möglich sein?! Sie wissen nicht, was Sie hier immer behaupten und was Sie hier

erzählen. Sie erzählen doch, es ist eine normale Wahl nicht möglich.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Sie machen sich überhaupt keine Gedanken darum, wie man das organisieren will. Nein, Sie wollen das in Unmöglichkeit stellen. Sie stellen Ihr Begehren als gesundheitsschützende Maßnahme dar, als Hygiene..., Sie stellen Ihr Begehren als gesundheitsschützende Maßnahme, als Hygienevorkehrung dar. Nun ist dies eben nicht nur eine angeblich pandemiebedingte, sondern gleichfalls eine politische Hygienemaßnahme.

Wir lehnen Ihren Antrag ab! Wenig überraschend, geradeheraus. Uns passt seine Intention nicht. Wenn nicht einmal die Vertreterversammlungen zur Aufstellung von Wahlbewerbern sowohl zu Kommunal- als auch Landtags-, als auch Bundestagswahlen erlaubt sein sollen, dann stellt dies für uns die Wahlvorbereitung in ihrer Gesamtheit infrage.

(Martina Tegtmeier, SPD: Das hat doch damit gar nichts zu tun!)

Wir verstehen uns als basisdemokratisch verfasst, wollen uns also nicht hinter Bildschirme zurückziehen,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

sondern uns in Präsenz versammeln,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

austauschen und entscheiden, ...

Herr Krüger, hören Sie einfach zu!

... ganz selbstverständlich unter Beachtung der allfälligen Hygienemaßnahmen, die, was etwa das Maskentragen betrifft, zwar lästig sind, aber allgemein und vernünftigerweise akzeptiert. Ihr Ansinnen können wir nur zurückweisen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Renz.

Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, dass es eine unparlamentarische Zwischenbemerkung des Abgeordneten Schulte gegeben hat.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf aus dem Plenum: Herr Schulte!)

Um welche es sich handelt, werden Sie dann sicherlich im Protokoll nachlesen können. Ich möchte sie jetzt nicht wiederholen.

Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort!

Torsten Renz, CDU: Ja, meine sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf meinem Zettel sieht es jetzt etwas wirr aus, das muss ich zugeben, aber das ist angelehnt an den Redebeitrag, den ich eben als Mitglied der CDU-Landtagsfraktion mit

anhören musste, und mir war es auch nicht mehr möglich, die ganzen, entschuldigen Sie bitte den Ausdruck, aber unsinnigen Dinge,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

die Sie hier aufgelistet haben, mitzuschreiben, sodass ich nur versuchen werde, auf einige wesentliche Punkte einzugehen, auch mit Blick auf die Öffentlichkeit, was Sie möglicherweise hier suggerieren wollen.

Punkt 1, Bundes- und Landtagswahlen werden nicht als Briefwahl stattfinden,

(Beifall Simone Oldenburg, DIE LINKE)

auch wenn Sie das immer versuchen, den Menschen zu erzählen.

Punkt 2, kein Mensch von uns hat eine Zielstellung, Briefwahlen einzuführen um der Briefwahl willen. Und dass Sie das dann auch gleichsetzen mit der Abschaffung der Demokratie, das war mir ja schon klar, das haben Sie ja schon bei den beiden Gesetzgebungsverfahren getan, die wir durchlaufen sind. Falls Ihnen das noch nicht bekannt sein sollte, will ich es noch mal versuchen, sachlich zu sagen, was heute über dpa gemeldet wurde. In Jarmen, einer Kleinstadt in Vorpommern, findet bereits eine Briefwahl statt, nicht, weil der Landtag, irgendeine Fraktion das unbedingt wollte, sondern weil die Örtlichkeiten vor Ort, die Verantwortlichen gesagt haben vor einer gewissen Zeit, wir wollen, wir können es nicht verantworten und stellen den Antrag über Standardprobungsgesetz, eine Briefwahl stattfinden zu lassen. Dem wurde dann stattgegeben. Heute die dpa-Meldung ist aus meiner Sicht ganz seriös, dass schon zehn Prozent ihre Stimme abgegeben haben. Der Prozess läuft weiter bis zum 7. März und dann erfolgt die Auszählung.

Wenn die Zahl stimmt, die ich gestern gehört habe, Sie können das gerne recherchieren, dass Jarmen noch eine Inzidenz hat von über 200 – ich glaube, mir wurde sogar gesagt, irgendwie um 280, 290 –, dann ist das für den einen oder anderen eine sehr, sehr hohe Zahl, für Sie möglicherweise nicht. Sie können das ja gerne unterrechnen, eine Inzidenz von 300, bezogen auf 300 Einwohner, was das bedeutet, dann werden Sie auf eine absolute Zahl über sieben Tage kommen und sagen, das stört mich nicht. Das mag sein, dass das bei Ihnen so ist,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Das hat keiner gesagt, Herr Renz!)

aber glauben Sie mir, es gibt viele, viele Bürger, die es sehr wohl stört, weil sie damit ein Problem haben. Und diese Bürger würden definitiv dann wahrscheinlich auch ihr Wahlrecht nicht in Anspruch nehmen.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Und es kommt erschwerend dazu, diese Ehrenamtlichen, die Wahlhelfer, die unterwegs sind,

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

die werden uns sagen, nein, bei einer Inzidenz dort vor Ort von 250 werde ich mich in kein Wahllokal setzen. Ich will nur ansatzweise beschreiben, wie die Gemengelage

sich darstellt, und sie ist eben nicht so schwarz-weiß, wie Sie das hier aus meiner Sicht darstellen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und keiner von uns hätte jetzt zurückgerechnet – und es geht ja nachher um eine 40-Tages-Frist, wo man dann entscheiden muss, wie man damit verfährt –, und keiner hätte eben bei der Festlegung, dass Jarmen in Form von Briefwahl jetzt die Demokratie wahrnimmt, gewusst, dass heute, wo die Briefwahl schon angelaufen ist, die Inzidenz immer noch weit über 200 ist. Ich will Sie einfach nur für diese Sache sensibilisieren.

Und Sie brauchen auch nicht der Öffentlichkeit zu suggerieren, dass wir das alles hier ohne demokratische Beteiligung machen. Noch mal: Unsere Zielstellung ist nicht, Briefwahl per se einzuführen, sondern unsere Zielstellung ist, vorbereitet zu sein für eine eventuelle Situation, wo dann die Menschen sagen, wir gehen nicht wählen. Für diese Krisensituation wollen wir vorbereitet sein. Und deswegen haben wir dieses Gesetz gemacht. Und dieses Gesetz erfolgt in Erster Lesung, Anhörung, Zweiter Lesung.

Und jetzt müssen Sie sich mal überlegen, was wir bei diesem Gesetz gemacht haben. Wir haben dort reingeschrieben, dass der Landtag – und das ist heute Gegenstand der Diskussion – per Beschluss die Pandemie feststellt, also wiederum eine Beteiligung. Und wenn Sie den Antrag gelesen haben, dann werden Sie feststellen, dass das nicht für die Ewigkeit gemacht ist, sondern da steht ganz bewusst drin, bis zum 30.06. Das ist also eine erneute Beteiligung. Und Ihr Redner, der hat jetzt hier so suggeriert, mit diesem Beschluss passiert Folgendes, wir haben ab morgen überall flächendeckend Briefwahlen.

Nein, dieser Landtag hat bewusst entschieden. Und ich bin seit 2002 dabei und ich sage Ihnen, so viel Beteiligung wie zum Beispiel bei diesem Gesetz, was wir hier machen, habe ich persönlich noch nie erlebt. Wir werden wieder als Landesregierung – das muss man sich vorstellen – mit einer Verordnung in diesen Landtag gehen, und dieser Landtag wird dann wieder entscheiden, wird die Verordnung so auf den Weg gebracht, ja oder nein. Es wird kein Innenminister, kein Thomas Krüger entscheiden, was die vor Ort, warum die wann wie Briefwahl machen müssen. Nein, wir schaffen die Rahmenbedingungen für eine Krisenzeit, wo dann vor Ort entschieden wird. Und aus meiner Sicht, geht es fast gar nicht mehr demokratischer.

Und es ist dann eben auch nicht so, dass mit Beschluss der Verordnung dann entschieden ist, in Neustrelitz oder wo auch immer findet dann Briefwahl statt, sondern bei der Verordnung ist es jetzt im Moment so, wir sind in der Verbands- und Ressortanhörung, das heißt, alle möglichen gesellschaftlichen Kräfte bringen sich jetzt ein, inhaltlich, und sagen, wie es praktikabel sein wird. Das werden wir auswerten, und diese Verordnung werden wir Ihnen dann als Landesregierung vorlegen. Und dass das nicht einfach ist, das ist schon ganz klar, aber demokratischer geht es nicht. Und da wird drinstehen, wer entscheidet unter welchen Gesichtspunkten, dass dort eine Briefwahl stattfindet.

Und glauben Sie mir, wenn wir da eine willkürliche Verordnung mit Regelungen ausstatten, dann werden Sie

doch der Erste sein – und zu Recht –, der zu Gericht läuft und sagt, das ist Willkür, die Verordnung kippen wir vor Gericht, sondern es wird eine Verordnung sein, die rechtssicher ist und die nicht von der Nase XY vor Ort abhängt, ob dort eine Briefwahl stattfindet oder nicht.

Und insofern, was dieser Landtag macht, ist, politische Verantwortung wahrzunehmen, verantwortlich, weil Sie nämlich die Ersten wären in Krisenzeiten, wenn der Zustand eintritt, den ich beschrieben habe, dass die Wahl eben nicht stattfinden kann, wären Sie die Ersten, die uns kritisieren. Damit können wir gut umgehen. Wir schaffen nicht die Demokratie ab, sondern wir stärken die Demokratie. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, zu Ihrem Redebeitrag gibt es eine Kurzintervention des Abgeordneten Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Renz! Sie haben das Beispiel von Jarmen gebracht, wo jetzt eine Briefwahl stattfindet. Dagegen ist an sich auch nichts einzuwenden, dass Briefwahl stattfindet. Briefwahl ist ein legitimes Mittel unseres Wahlrechtes. Nur können Sie mir vielleicht mal deutlich machen, was ich aus Ihrem Beitrag nicht entnommen hatte, warum ist es nicht möglich, statt nur Briefwahl die normale Wahl und Briefwahl durchzuführen. Sie hatten gesagt, dann gibt es Menschen, die sich nicht ins Wahllokal trauen. Denen steht es doch jederzeit frei, Briefwahl zu machen. Und im Wahllokal – also ich mache keine Briefwahl, sondern gehe ins Wahllokal –, da sitzen die Leute weit genug auseinander, und wenn Sie dann immer nur einen Wahlberechtigten in den Wahlraum lassen, so er denn so klein wäre, dass man den Abstand nicht einhalten kann,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

dann ist sicherlich kein höheres Ansteckungsrisiko gegeben als bei all den vielen Betätigungen, die wir Gott sei Dank noch ausüben dürfen. Wo also liegt der Gewinn, wenn Sie die Wahllokale schließen und reine Briefwahl durchführen? Das ist mir aus Ihrem Redebeitrag überhaupt nicht klargeworden, und ich glaube, das ist auch nicht erklärbar.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Möchten Sie darauf reagieren, Herr Abgeordneter?

Torsten Renz, CDU: Ja.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Da kennen Sie Herrn Renz aber
schlecht, der kann alles erklären!)

Wenn es nicht erklärbar ist, dann könnte ich mir die Antwort sparen. Wenn bei Ihnen die Entscheidung da schon feststeht, will ich trotzdem versuchen, es aus meiner Sicht zu erklären. Aus meiner Sicht, Herr Professor Dr. Weber, haben Sie nicht verstanden,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

was Krise und Ausnahmezustand bedeutet. Wenn lediglich die Zielstellung ist, eine Wahl durchzuführen, dann gibt es in dem Fall „ja“ oder „nein“ erst mal. Wenn die Krise, die Infektionslage von der Pandemie, von der wir sprechen, zum Beispiel Inzidenzen hat von über 250, die wir heute nicht kennen und die wir alle nicht erhoffen wollen, und wir politische Maßnahmen treffen müssen, um die Situation in diesem Land noch im Griff zu haben, sprich Gesundheitssystem und so weiter und so fort, dann gibt es zum Beispiel gewisse Maßnahmen. Ich will mal eine nennen: Ausgangssperre und ähnliche, die nämlich dazu führen sollen – Kontaktbeschränkungen et cetera, Kontaktnachvollziehung –, dass wir die Krise meistern. Und wenn wir so eine Situation haben, dann wollen Sie doch nicht allen Ernstes sagen, dass dann die beste Lösung ist, wir machen einfach Wahlen wie bisher. Das ist nämlich die Möglichkeit, nämlich entweder mache ich es über die Wahl im Wahllokal oder über eine Briefwahl. Ich sage Ihnen, in so einer Krisensituation wäre das politisch unverantwortlich, und deswegen schaffen wir dieses Instrument und glauben und wissen, dass das eine Möglichkeit ist, um demokratische Teilhabe dann zu realisieren.

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf aus dem Plenum: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU, SPD und DIE LINKE auf Drucksache 7/5811. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön! Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU, SPD und DIE LINKE auf Drucksache 7/5811 bei Zustimmung durch die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und der fraktionslosen Abgeordneten und Gegenstimmen der Fraktion der AfD angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 10. März, um 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15.40 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Holger Arppe, Ralf Borschke, Manfred Dachner, Dirk Friedriszik, Henning Foerster, Sandro Hersel, Jörg Heydorn, Dr. Gunter Jess, Nadine Julitz, Karen Larisch, Dr. Matthias Manthei, Nils Saemann, Jürgen Strohschein und Dr. Wolfgang Weiß.